

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Mehr Transparenz für
mehr Lohngerechtigkeit

Gabriele Heinisch-Hosek

»Wo sind die Gewinne?«

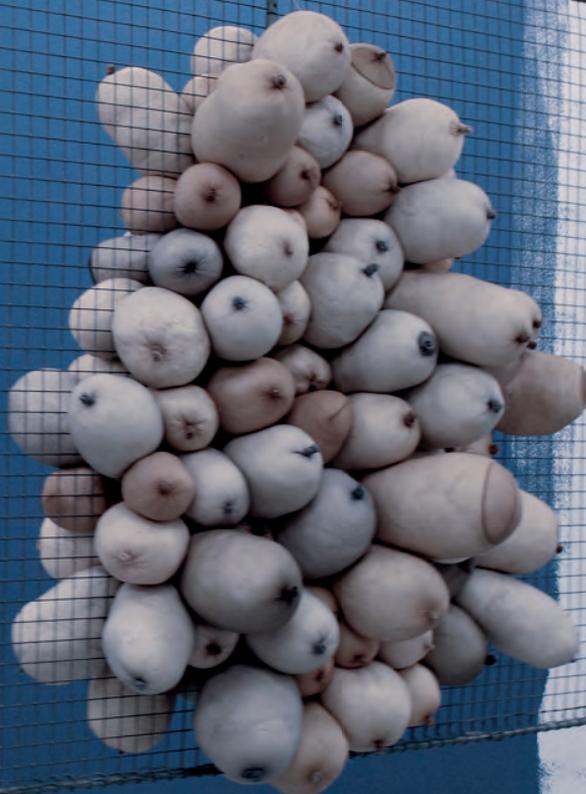
Interview mit Ulrike Herrmann

Wie retten wir Europa?

Josef Hoppichler

Natürlich hat die Linke
recht, aber wissen das
auch die Menschen?

Albrecht K. Konečný



**LUCAS
BOSCH
GELATIN
KUNSTHALLE
KREMS**

EDITORIAL

Eine Frage geistert seit Wochen durch das Land: Wird etwa versucht, die Blattlinie auflagenstarker Medien mit öffentlichem Geld zu steuern? Ohne jeden Zweifel eine interessante Frage. Ebenso interessant sind aber auch die Fragen, die in diesem Zusammenhang nicht gestellt werden. Macht es z.B. für die medien- und demokratiepolitische Grundsatzfrage einen Unterschied, ob Blattlinien mit öffentlichem oder privatem Geld gekauft werden (wobei die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Geld in Zeiten staatlicher Bankenhilfspakete und bankeneigener Medienkonzerne fließend sind)? Der im Raum stehende Verdacht ist doch, dass hinter dem Deckmantel angeblicher Unabhängigkeit MedieneigentümerInnen, phasenweise offenbar auch zahlungskräftige InserentInnen, die Berichterstattung kaufen können, die sie gerne sehen wollen. Das ist, ganz ohne Zweifel, ein gravierendes demokratiepolitisches Problem, das öffentlichkeitswirksam anzusprechen ein großer Verdienst wäre. Das Thema nur ausschnittsweise, zeitgleich mit Telekom-Affäre & Co und lediglich auf die seit Jahren bekannte Inseratenpolitik des Bundeskanzlers beschränkt anzuschneiden, wird jedoch zu Recht den Verdacht der Scheinheiligkeit und der beabsichtigten Ablenkung vom schwarz-blauen Korruptionssumpf erzeugen.

Keineswegs ablenken lassen wollen sich hingegen die ArbeitnehmerInnen der Metallindustrie. Mit ihrer Forderung nach steigenden Reallöhnen tragen sie nicht nur Einkommensgerechtigkeit, sondern indirekt Entscheidendes zur Stabilisierung des Euros bei. Denn während Sarkozy und Merkel an der Bewältigung der Euro-Krise zu scheitern drohen, greifen die Gewerkschaften mit ihrer berechtigten Lohnforderung eine der Hauptursachen für die aktuelle Krise an: steigende Einkommensungleichheit und eine Art »Lohndumping« innerhalb der Union. Zu diesem Thema später mehr in diesem Heft.

Zuvor nimmt Frauenministerin **Gabriele Heinisch-Hosek** den *Equal Pay Day* zum Anlass, ihre aktuelle Initiative für Einkommensgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu skizzieren.

Bernd Schilcher nimmt ebenfalls zu einer aktuellen Debatte Stellung – anlässlich des bevorstehenden Bildungsvolksbegehren zu Fragen der Schulreform.

Die Themen Einkommens- und Steuergerechtigkeit, Euro-Krise und die Überwindung des Neoliberalismus stehen im Mittelpunkt unseres Interviews mit der deutschen Wirtschaftsjournalistin und Bestseller-Autorin **Ulrike Herrmann**. Ihre These: Die Mittelschicht müsse ihr eigenes Interesse erkennen und aufhören, durch Identifikation mit den Reichen deren Privilegien auf eigene Kosten zu verteidigen.

Unmittelbar mit der Griechenland- und Euro-Krise und deren gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen setzt sich **Josef Hoppichler** in seinem Beitrag auseinander. Ohne eine Beendigung des ruinösen Standortwettbewerbs zu Lasten der Löhne, gerade in exportorientierten Staaten wie Österreich, könne Europa nicht stabilisiert werden.

Ausführlich beschäftigt sich **Albrecht K. Konečný** nochmals mit den Thesen von Moore und Schirrmacher und analysiert, was für die Sozialdemokratie aus dieser Debatte zu folgern ist.

Helga Hieden-Sommer wiederum wirft einen sehr grundsätzlichen Blick auf familienrechtliche und -politische Fragestellungen und fordert, die eigenständige soziale Absicherung von Frauen endlich in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken.

Markus Marterbauer setzt sich nach den Buchtipps schließlich mit dem prognostizierten Wirtschaftsabschwung auseinander und zeigt auf, wie durch verteilungspolitische Maßnahmen erfolgreich bekämpft werden könnte.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘAK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



AUSSTELLUNGSANSICHT »LUCAS BOSCH GELATIN«, 2011, FOTO: CHRISTIAN REDTENBACHER

6 Mehr Transparenz für mehr Lohngerechtigkeit

VON GABRIELE HEINISCH-HOSEK

8 LUCAS BOSCH GELATIN KUNSTHALLE KREMS

10 Stillstand

VON BERND SCHILCHER

13 LUCAS BOSCH GELATIN KUNSTHALLE KREMS

14 »Wo sind die Gewinne?«

INTERVIEW MIT ULRIKE HERRMANN

19 LUCAS BOSCH GELATIN KUNSTHALLE KREMS

22 Wie retten wir Europa?

VON JOSEF HOPPICHLER

28 LUCAS BOSCH GELATIN KUNSTHALLE KREMS

30 Natürlich hat die Linke recht, aber wissen das auch die Menschen?

VON ALBRECHT K. KONEČNÝ

37 LUCAS BOSCH GELATIN KUNSTHALLE KREMS

40 Für eine eigenständige soziale Absicherung aller Frauen

VON HELGA HIEDEN-SOMMER

47 LUCAS BOSCH GELATIN KUNSTHALLE KREMS

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Wirtschaftspolitik vor erheblichen Schwierigkeiten

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Mehr Transparenz für mehr Lohngerechtigkeit

Anlässlich des **Equal Pay Day** hat Frauenministerin Heinisch-Hosek eine neue Initiative zur Vergleichbarkeit von Einkommen gestartet. Mehr Einkommenstransparenz soll den Druck für mehr Einkommensgerechtigkeit erhöhen, argumentiert sie in ihrem Beitrag für die ZUKUNFT.

Frauen verdienen in Österreich um ein Viertel weniger als Männer. Damit sind wir auf dem vorletzten Platz in der EU. Gerade einmal in Tschechien ist die Lohnschere noch größer. Als Sozialdemokratin und Frauenministerin muss ich sagen: Das ist ein Armutszeugnis für unser Land. 100 Jahre nach dem ersten Frauentag, an dem 20.000 Frauen am Ring für einen fairen Lohn demonstrieren, ist es aktueller denn je zu fordern: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Der *Equal Pay Day 2011* war zwar wieder fünf Tage später als im Vorjahr, nämlich am 4. Oktober. Ab diesem Tag arbeiten Frauen in Österreich gratis. Anders gesagt: Die Männer haben dann im Durchschnitt schon verdient, wofür die Frauen noch bis Jahresende arbeiten gehen müssen. Von Bundesland zu Bundesland sind die Lohnunterschiede unterschiedlich, in Vorarlberg am größten, in Wien am niedrigsten. Das hängt vor allem mit dem Anteil an Teilzeitbeschäftigten, mit dem Ausbildungsniveau und den grundsätzlichen Job- und Karrieremöglichkeiten zusammen. Und natürlich damit, ob Frauen ein dichtes Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen vorfinden. Denn nur dann ist es ihnen überhaupt möglich, einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit nachzugehen.

ES GEHT UM VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT – ES GEHT UM LOHNGERECHTIGKEIT

Transparenz wirkt gegen Diskriminierung.

Auf gesetzlicher Ebene konnten wir heuer schon zwei weitere wichtige Maßnahmen durchsetzen: Erstens: Größere Betriebe müssen in Einkommensberichten offenlegen, wie viel sie

Frauen und Männern zahlen. Und zweitens: Auch in Jobinseraten ist jetzt Schluss mit der Geheimniskrämerei ums Geld. Denn Unternehmen müssen in diesen Inseraten angeben, wie der Job entlohnt wird.

Das sind wichtige Schritte zu unserem Ziel, das »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« heißt. Ich bin aber auch davon überzeugt: Wir brauchen mehr als nur Gesetze, um diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen. Ich weiß aus vielen Gesprächen, und Studien belegen es, dass sich Frauen in Gehaltsverhandlungen oft unter ihrem Wert verkaufen. Auch, weil sie sich oft nicht sicher sind, wie viel sie verlangen können, wie hoch ein angemessenes Gehalt ist.

ES GEHT UM MEHR TRANSPARENZ, MEHR ORIENTIERUNG, MEHR LOHNGERECHTIGKEIT.

Mit dem Gehaltsrechner können Frauen (und Männer) im Internet – www.gehaltsrechner.gv.at – erstmals ganz einfach herausfinden, was sie im Durchschnitt verdienen sollten.

Ab sofort kann sich jede Frau – und natürlich auch jeder Mann – selbst ein Bild machen und nachrechnen: Bekomme ich das, was mir zusteht? Und: Was wäre, wenn ich eine höherwertige Tätigkeit ausführen würde? Oder statt Teilzeit Vollzeit arbeiten würde? Was würde sich am Lohnzettel ändern, wenn ich die Branche wechseln würde? Fragen, die der Gehaltsrechner mit schnellen 4 Klicks beantworten kann.

Der Gehaltsrechner, die betriebsinternen Einkommensberichte und die Entgeltangaben bei Jobinseraten sind ein

Teil der Maßnahmen des Nationalen Aktionsplan für Gleichstellung am Arbeitsmarkt, den wir damit weiter konsequent umsetzen.

ERFOLG SPRICHT FÜR DIE SACHE

In der ersten Woche seit der Rechner online ist, haben bereits über 250.000 UserInnen die Anwendung genützt. Dieser Zustrom gibt uns Recht, wenn wir sagen: Es soll endlich Schluss sein mit der Geheimniskrämerei um die Gehälter von Frauen und Männern. Wir wollen Licht ins Dunkel der Lohnunterschiede bringen. Und Transparenz ist das wirksamste Mittel, so einfach ist es.

Viel zu lange hat es in diesem Land geheißen: »Über Geld spricht man nicht.« Ich möchte, dass es ab sofort heißt: »Über Geld spricht man jetzt. Seit es den Gehaltsrechner gibt.« 🍷

GABRIELE HEINISCH-HOSEK

ist Vorsitzende der SPÖ-Frauen und
Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst.





LUCAS BOSCH GELATIN KUNSTHALLE KREMS

Der niederländische Maler Hieronymus Bosch (1450–1516) gilt als der Fantast der ersten Stunde. Er entwarf verstörende Bildwelten, die das Fantastische zwischen Diesseits und Jenseits (Werner Hofmann) ansiedelten.

Das österreichische Künstlerkollektiv Gelatin – Wolfgang Gantner (*1968), Ali Janka (*1970), Florian Reither (*1970) und Tobias Urban (*1971) – macht seit 1993 durch unkonventionelle Performances, happeningartige Vorträge und raumsprengende Installationen international auf sich aufmerksam. Eine Affinität bzw. Sehnsucht nach Exzess, Emotion und Rebellion gegenüber jeglichem Konformismus zeichnet ihr Schaffen ebenso aus wie die Hinterfragung von antipodischen Begrifflichkeiten wie Fantasie und Wirklichkeit, Erfahrung und Erkenntnis, Versuch und Versuchung oder Ursache und Wirkung. Gelatin verlängern den roten Faden des Fantastischen, Grotesken und Absurden ebenso eigenwillig in die Gegenwart wie die britische Künstlerin Sarah Lucas (*1962).

Die Ausstellung schließt Weltinterpretationen von Hieronymus Bosch und seinen Zeitgenossen wie Herri met de Bles, Balthasar van den Bos, Pieter Bruegel d. Ä., Jan Brueghel d. J., Pieter Bruegel d. J., oder Pieter van der Heyden mit Gegenwartskünstlern wie Gelatin und Sarah Lucas kurz.

500 Jahre zeitlicher Trennung zwischen den Künstlern werden aufgehoben und zeigen, dass die Nachterkenntnis des Traums als »die andere Seite der Vernunft« bis heute eine der Haupttriebfedern der Moderne ist und Aspekte der Abweichung, Verfremdung und des Widerspruchs erst Gegenwelten und Innovationen zu erzeugen im Stande sind. August 2010 bis April 2012

Kunsthalle Krems

Franz-Zeller-Platz 3
A-3500 Krems-Stein
bis 06. November 2011
www.www.kunsthalle.at

SARAH LUCAS, GOT A SALMON ON #3, 1997, COURTESY SADIE COLES HQ, LONDON, © SARAH LUCAS



HIERONIMUS BOSCH NACHFOLGER, DIE VERSUCHUNG DES HL. ANTONIUS (DETAIL), UM 1500/1510. © DOMMUSEUM ZU SALZBURG, FOTO: JOSEF KRAL



Stillstand

Bislang gibt es das »Unwort des Jahres«. Dem sollte man, wenn es nach Bernd Schilcher ginge, ein Unwort der Legislaturperiode zur Seite stellen. Für die laufende würde sich ihm »Stillstand« anbieten. Jedenfalls in der Bildungspolitik.

Bundesministerin Schmed hat sehr ambitioniert begonnen. Mit einer Expertenkommission, die alle wichtigen Reformthemen behandeln sollte. Es geht um einen neuen, individualisierten Unterricht, bei dem die Stärken und Talente aller SchülerInnen so früh wie möglich festgestellt und gefördert werden und gleichzeitig etwaige Schwächen so gut wie möglich auszugleichen sind. Das war der Inhalt der »Neuen Mittelschule«, der ja auch sofort umgesetzt wurde. In der Folge ist es der Ministerin auch gelungen, die ÖVP für eine flächendeckende Umwandlung aller Hauptschulen in neue Mittelschulen zu gewinnen. Ein erster Erfolg.

Dazu kam als zweites wichtiges Reformthema die Bildungsgerechtigkeit. Wir wissen heute, dass der Schulerfolg am stärksten von außerschulischen Bedingungen abhängt. Don Goldhaber von der University of Washington hat einem Bericht des »Economists« zufolge, festgestellt, dass »*non-school factors such as family income account for as much as 60% of a child's performance in school.*« Das gilt ganz allgemein.

In Österreich kommt noch dazu, dass wir in allen internationalen Tests bestenfalls mittelmäßig abschneiden. Das hat den renommierten Gen-Forscher Markus Hengstschläger erst kürzlich dazu veranlasst, vor der »Durchschnittsfalle« zu warnen, in der sich unser Land nun schon die längste Zeit befindet. Hengstschläger formulierte deutlich: »Wenn wir nicht alle unsere Anstrengungen auf die bildungsfernen Schichten konzentrieren, um aus dieser Gruppe hervorragende Wissenschaftler, Forscher und Führungskader zu rekrutieren, werden wir weiterhin Jahr für Jahr bedeutende Talente vergeuden und unsere Zukunft verspielen«. Die unter den meisten Politikern verbreitete Gleichgültigkeit den »Bildungsfernen« gegenüber

betrifft aber nicht nur die Spitzenbegabungen, die wir ignorieren, sondern auch die wachsende Zahl der Problemschüler aus diesen Schichten. Mit 20 bis 25% solcher Problemschülerinnen sind wir um das Vier- bis Fünffache schlechter als Finnland mit seinen 5%.

OHNE ABSCHLUSS

Dazu kommen 9.000 bis 10.000 SchülerInnen jährlich, die unsere Schulen ohne Abschluss verlassen. Das sind die künftigen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Aus zahlreichen internationalen Untersuchungen wissen wir, dass jeder, der ohne Schulabschluss geht, den Staat Zeit seines Lebens zwischen 350.000 bis 400.000 Euro kostet. Das sind in Summe Milliardenbeträge, die der Staat – sprich in erster Linie die Mittelschicht mit ihren Steuern – zu zahlen haben. Hier würde jeder Cent, den wir für Frühförderung ausgeben, später 100 Euro an Sozialhilfe, entgangenen Steuern bis hin zu Gefängniskosten ersparen.

Aber auch die rund 17% der jungen Menschen, die nur mit einem Pflichtschulabschluss ins Arbeitsleben eintreten, sind heute unterqualifiziert. Auch sie genügen den Anforderungen nicht mehr. Gar nicht zu reden von den 28% der 15-Jährigen, die nicht sinnerfassend lesen können und daher geradezu bildungsunfähig sind.

Das ist in Summe alles andere als eine erfreuliche Bilanz. Daher hat schon die Expertenkommission der Frau Bundesministerin eine Trias von Maßnahmen vorgeschlagen, die sich überall auf der Welt als erfolgreich erwiesen hat: Erstens müssen wir viel früher mit Bildung beginnen; zweitens eine echte Ganztagschulen und – drittens – eine gemeinsame Schule bis zum 15. Lebensjahr einführen.

Soeben hat die EU-Langzeituntersuchung »*The Second Generation*« über türkische Migranten erstaunliche Ergebnisse gezeigt. Während es in Schweden gelingt, dass 33 % der türkischen Kinder einen tertiären Abschluss schaffen, sind es bei uns 14%. Dieses Ergebnis wird zunächst auf den frühen Beginn der Bildung in Schweden zurückgeführt. Dort besuchen 40% der türkischen Kinder vor dem dritten Lebensjahr Kinderkrippen, bei uns sind es 4%.

GANZTAGSSCHULE

Nach dem Besuch der Volksschule gehen alle schwedischen Kinder gemeinsam in eine Ganztagschule. Dort ist Zeit genug, alle Begabungen auszuloten. Neben den herkömmlichen Gegenständen gibt es ein umfangreiches Angebot an Musik, Schauspiel, Sport, Naturwissenschaften, Handwerk und Wirtschaft. Damit kann jedes Kind, das in den intellektuellen Fächern nicht so stark ist, in diesen anderen Selbstbewusstsein tanken und seine künftigen beruflichen Stärken festigen. Es bleibt auch Zeit zum Üben und Vertiefen, so dass es künftig weder Hausaufgaben noch Nachhilfe geben wird. Vorausgesetzt, wir übernehmen dieses System.

In solchen Schulen für alle lernen die Kinder miteinander und voneinander. Das Sportass der Klasse bringt dem guten Mathematiker das Kraulen bei und bekommt dafür Hilfe bei den Schlussrechnungen. Dieses Geben und Nehmen stärkt die Solidarität. Außerdem lernen alle miteinander zu leben, egal aus welchen Schichten sie kommen, wo ihre Begabungen liegen, welche Hautfarbe sie haben und welchen kulturellen wie auch religiösen Hintergrund; und ob sie behindert sind oder nicht. So wie das dann später im beruflichen und gesellschaftlichen Leben ebenso der Fall ist.

Diese Vielfalt ist immer und überall ein Gewinn. Die alte, ständische Vorstellung, dass stets die mit derselben Herkunft, demselben sozialen Hintergrund oder auch nur derselben Leistungsfähigkeit in irgend einem Gegenstand unter sich

bleiben müssen, ist heute in unseren pluralistischen und multi-kulturellen Gesellschaften vollkommen überholt.

Wie wichtig soziale Kompetenzen sind, auf die heute besonderer Wert gelegt wird, zeigt die folgende Untersuchung. Vor mehr als 25 Jahren hat man nachgeforscht, was aus Schülerinnen geworden war, die in den sogenannten »Hauptfächern« Deutsch, Mathematik, Englisch und Latein schlechte Ergebnisse hatten. Man stellte fest, dass eine ganze Reihe von ihnen Primarärzte, Staatsanwältinnen, leitende Manager, tüchtige Steuerberater oder erfolgreiche Unternehmerinnen wurden. Als man noch lebende Lehrer nach diesen Damen und Herrn fragte, stellte sich heraus, dass einige von ihnen bekannte »Rädelsführer« waren, mit hohem Ansehen bei den Mitschülerinnen, »gute Kumpel«, die mit allen konnten oder erfolgreiche Organisatoren. Der Staatsanwältin hätte ihr alter Sportlehrer sofort die Allein-Organisation eines Schulsportkurses überlassen.

MUT UND VERANTWORTUNG

Für den beruflichen oder gesellschaftlichen Erfolg ist es offensichtlich nicht so wichtig, ob man in Mathematik oder Latein eine besonders gute Note hat – viel entscheidender sind Führungsqualitäten, Mut, Entscheidungsfreude und Verantwortungsbewusstsein. Alles das hat bis vor kurzem noch keine besondere Bedeutung gehabt und wurde auch so gut wie nie ausdrücklich hervorgehoben.

Heute wissen wir, dass diese Reformtrias – früher Bildungsbeginn, Ganztagschule, Schule für alle und neuer Unterricht – die wichtigste Voraussetzung für die weitergehende Überwindung der unterschiedlichen sozialen Herkunft der SchülerInnen ist. Und damit für erfolgreiche Schulen. Das hat soeben der jüngste McKinsey-Bericht gezeigt. Demnach gehören die Schulen in Singapur, Hongkong, Südkorea, Ontario (Kanada), Sachsen (Deutschland), Slowenien und Polen zu den Siegern.

Allerdings haben alle diese Länder noch eines gemeinsam, was uns in Österreich völlig abgeht: Eine schlanke Schulverwaltung und eine große Autonomie aller Schulen.

Alles das wird bei uns von Länderfürsten, Lehrgewerkschaften und verbohrten Bildungsideologen abgelehnt. Wer das ändern will, muss zwischen dem 3.11. und 10.11. 2011 »aufstehen, in sein Gemeindeamt gehen und unterschreiben« – nämlich das Bildungsvolksbegehren. Nur dann haben wir eine Chance, dass der Stillstand in der Bildungspolitik aufhört.



BERND SCHILCHER (ÖVP)

war steirischer Landtagsabgeordneter und Landesschulratspräsident. 2007 stellte er sich der von Unterrichtsministerin Schmied berufenen Expertenkommission für die Schulreform zur Verfügung. Er unterstützt das Bildungsvolksbegehren, das vom 03.–10.11. stattfindet.



HERRI MET DE BLES, HÖLLE, UM 1540/50. KUNSTHISTORISCHES MUSEUM, WIEN

»Wo sind die Gewinne?«

Welche Rolle spielt die Mittelschicht in der politischen Debatte? Diese Frage hat Ulrike Herrmann in ihrem Buch »Hurra, wir dürfen zahlen« beschäftigt. Ihre These: Die Mittelschicht tendiere dazu, sich zum eigenen Schaden mit den Reichen zu identifizieren und verliere dabei jedes Gefühl dafür, dass sie von den Vermögenden ausgebeutet werden. Mit der ZUKUNFT sprach die Journalistin der deutschen taz über das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, notwendige Umverteilung, die Euro-Krise und warum Hoffnung besteht, dass die Mittelschicht ihre ureigensten Interessen zu erkennen beginnt.

Das neue Buch von Colin Crouch geht dem »befremdlichen Überleben des Neoliberalismus« nach. Viele in der Linken stellen sich ja aktuell die Frage, wieso nach der Desavouierung neoliberaler Theorien in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten 70 Jahre der Neoliberalismus politisch dominant bleibt. Worauf führen Sie das zurück?

Also zunächst muss man natürlich schon sehen, dass der Neoliberalismus durch die Krise auch angeschlagen ist. Der FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher hat ja erst kürzlich in einem Text davon gesprochen, dass die Linke doch Recht hatte. Und der US-Milliardär Warren Buffet hat in einem Artikel in der »New York Times« deponiert, er würde viel zu wenig Steuern zahlen. Also das sind schon Signale, dass die Hegemonie des neoliberalen Lagers zumindest erschüttert ist. Trotzdem ist richtig, dass der Neoliberalismus politisch stark bleibt. Das hat mehrere Gründe.

Der erste ist, dass der Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Finanzkrise öffentlich zu wenig bewusst ist. Das können Neoliberale natürlich nutzen, um die alten Mechanismen der Ablehnung des Staates und Vorbehalte gegen »die Politiker«, die Steuergeld verjubeln, zu aktivieren. Politiker wie Strache in Österreich versuchen dann natürlich auch den Eindruck zu erwecken, nur die Unterschichten und hier insbesondere die MigrantInnen würden unterstützt. Dadurch wird zweitens der Fokus der Debatte verschoben. Im Mittelpunkt steht jetzt wieder dieses Bild der »schwäbischen Hausfrau«, die nicht mehr ausgeben als einnehmen darf. »Sparen« ist politisches Hauptthema geworden. Drittens muss man auch die

Versäumnisse der Linken sehen: Da ist ja das finanzwirtschaftliche Wissen nicht übertrieben ausgeprägt. Natürlich gibt es einige hervorragende keynesianische Ökonomen, wie bei ihnen Stephan Schulmeister oder Markus Marterbauer, die Ursachen und Zusammenhänge der Krise sehr klar benennen. Aber das findet zu wenig Widerhall und ein Mangel an Alternativen macht natürlich wehrlos, wenn dann die Neoliberalen aufmarschieren.

Das Bild des Staates als Hausfrau ist ja auch ein Klassiker aus dem konservativen und neoliberalen Arsenal. Warum funktioniert das noch?

Es knüpft natürlich an Alltagserfahrungen an und klingt auf erste logisch. Tatsächlich ist der Staat aber natürlich ein ausgleichendes Gegenüber der privaten Haushalte und der Unternehmen. Wenn die Unternehmen nicht investieren, wenn die privaten Haushalte zum Sparen animiert werden, dann muss ja jemand auf der anderen Seite das bei der Sparkasse wieder abholen und dafür Zinsen zahlen. Dass der Staat also komplementär zu Unternehmen und Haushalten handelt, das wird nicht deutlich genug gesagt. Der Staat kann sich nur dann wirklich sanieren, wenn die Unternehmen investieren und die privaten Haushalte konsumieren. Solange sie das nicht tun, wird der Staat auch nicht aus seiner Verschuldung herauskommen.

Einsparungen in öffentlichen Haushalten wird ja politisch vor allem auch unter dem Gesichtspunkt beworben, dass damit die Mittelschicht entlastet wird.

Ja, das ist natürlich Unsinn. Das kann schon deshalb nicht funktionieren, weil die Mittelschicht ja ganz stark von den staatlichen Leistungen profitiert und sich ins eigene Fleisch schneidet, wenn in diesen Bereichen gespart wird. Nehmen Sie nur das Beispiel kostenloser Bildungseinrichtungen, die gerade für die Mittelschicht essentiell sind. Da bräuchte es ja eher einen stärkeren Mitteleinsatz, ganz ähnlich wie beim großen, ungelösten Thema der Pflege. Es ist ja völliger Quatsch, dass nur die Unterschicht vom Sozialstaat profitieren und alle anderen nur einzahlen. Das Problem der Mittelschicht ist nicht, dass sie nicht von den Staatsausgaben profitiert. Das Problem der Mittelschicht ist, dass sich die Reichen vor der Finanzierung der Staatsausgaben drücken können und das den anderen überlassen.

An dieser Frage hat sich ja in Österreich eine Steuerdebatte entzündet. Ein altbewährtes Argument gegen die Vermögenssteuern ist ja wieder, das würde die Mittelschicht belasten.

Ja, das wird gegen alle Fakten behauptet. Die Mittelschicht hat ja aber eigentlich kein Vermögen. Wenn die obersten zehn Prozent der Bevölkerung zwei Drittel des Vermögens haben, braucht es ja nicht viel Fantasie, um zu erkennen, dass die gesamte Mittel- und Unterschicht vergleichsweise gar kein Vermögen hat. In Deutschland haben die untersten 70 Prozent der Bevölkerung gerade einmal neun Prozent des Volksvermögens, das umfasst natürlich auch den übergroßen Teil der Mittelschicht. Die Vermögen liegen bei ganz wenigen.

Und woran liegt es, dass die Linke dieses Faktum lange nicht vermitteln konnte oder wollte?

Viele Angehörige der Mittelschicht halten sich rein psychologisch für reicher, als sie wirklich sind. Sie fühlen sich dem Reichtum ganz nah und hoffen, noch den Sprung zu schaffen und Teil der Elite zu sein. Das ist ein kolossaler Fehlschluss. In der Begleitforschung zum Armuts- und Reichtumsbericht in Deutschland wurde ein interessantes Phänomen aufgezeigt:

Nämlich dass für jemanden, der 1 500 Euro verdient jemand reich ist, der 2 000 Euro verdient. Und für jemanden mit 3 500 beginnt der Reichtum bei 4 500 Euro, usw. Der Reichtum beginnt immer knapp über dem eigenen Einkommen.

Also Sie meinen, es fehlt eine kollektive Vorstellung dafür, welche Reichtümer es in unserer Gesellschaft tatsächlich gibt?

Genau. Die Menschen haben einfach kein Bild davon, was wirklich reich sein heute bedeutet. Das wird natürlich durch den Mangel an verlässlichen Daten noch zusätzlich befördert, etwa durch das Bankgeheimnis in Österreich. Oder dieses Stiftungswesen – es macht mich wirklich fassungslos, dass nicht einmal der Verband der Privatstiftungen weiß, wieviel Vermögen da drinnen liegen. Das muss man sich einmal vorstellen. Solche Konstruktionen machen das natürlich noch intransparenter.

In Ihrem Buch »Hurra, wir dürfen zahlen«, beschreiben Sie ja auch das umgekehrte Phänomen, nämlich, dass sich die Reichen ganz gern »arm rechnen«. Wie meinen Sie das?

Man kann ja ganz gut beobachten, dass Reiche gerne so tun, als würden sie zur Mittelschicht gehören, wenn nicht gar zum Prekariat. Das ist natürlich eine ähnliche Systematik, wie ich sie vorhin beschrieben habe. Wenn jemand fünf Millionen hat, dann sagt er nicht, ich bin reich, sondern dann beginnt der Reichtum erst mit 30 Millionen. Ein prominentes Beispiel in Deutschland sind die Aussagen von Gloria Thurn und Taxis. Ihr Sohn verwaltet als Erbprinz ein Vermögen von einer Milliarde Euro, und sie sagt, sie sei absolute Mittelschicht, denn die Reichen seien ja längst im Ausland. Das meinte sie tatsächlich ernst. Oder Frau Schickedanz, die auch nach der Karstadt-Pleite Millionärin ist, die ernsthaft in Interviews vorrechnet, dass sie wie ein Hartz_IV-Empfänger darbt. Die hat natürlich nicht die geringste Ahnung, wie es ist, wenn man wirklich von Hartz IV leben muss, aber sie stellt sich schon mal gerne als am Rande des Prekariats dar.

Sie haben vorhin die Stimmungsmache gegen »die Unterschicht« und MigrantInnen durch Politiker wie FPÖ-Chef Strache angesprochen. Wieso gelingt es ihm damit, enttäuschte Aufstieghoffnungen von Unter- aber auch Mittelschichten anzusprechen?

Die Stimmungsmache, ja diese Verachtung für die Unterschicht, die ist natürlich ein praktischer Mechanismus, den auch Strache nicht erfunden hat. Die als unbefriedigend empfundene eigene Position wird erträglicher, wenn man das Gefühl hat, dass da noch jemand darunter ist. Das ist eine gefährliche Hydraulik: »Ich bin nicht ganz unten, also bin ich fast oben«. Und gleichzeitig sind die Ausbeuter im eigenen Empfinden dann nicht die, die oben sind, sondern die, die unten sind. Nicht die, die nichts zur Finanzierung des Staates beitragen, nämlich die Reichen, werden als Problem wahrgenommen, sondern die, die angeblich zu stark von den Ausgaben profitieren.

Ich meine, diese Umdefinierung des Ausbeutungsbegriffs ist der zentrale ideologische Trick. Die Politik beschäftigt sich dauernd mit Transparenzdatenbanken für die Armen und die Reichen geraten dabei aus dem Fokus. Dabei weiß man ja über die Vermögensbestände der Armen eigentlich bereits alles. Nur über die der Reichen weiß man so gut wie nichts. Eine Transparenzdatenbank für die Privatvermögen der Reichen, das wäre einmal ein lohnendes politisches Projekt.

Ein wichtiges Element sozialer Aufstiegsversprechen ist Bildung, Sie haben vorhin ja das Thema Bildungspolitik bereits angesprochen. Hat Bildung die zentrale Rolle für soziale Dynamik, die ihr zugeschrieben wird?

Natürlich ist Bildung wichtig, sie ist ein Menschenrecht, vermittelt Wissen und Freiheit, und daher bin ich immer für stark finanzierte öffentliche Bildung und die Beseitigung von Mängeln im Bildungssystem. Aber natürlich muss man sich auch klar machen, dass über Bildung alleine der Aufstieg nicht gelingt. Das sieht man ja allein daran, dass man jetzt sowohl

in Österreich als auch in Deutschland eine Generation von Arbeitnehmern hat, die so gut ausgebildet ist wie noch keine Generation davor. Und trotzdem stagnieren die Reallöhne. Eine gute Ausbildung setzt sich also keineswegs automatisch in gute Bezahlung um. Natürlich ist man immer noch besser dran, als wenn man gar keine Ausbildung hat. Aber für breiten sozialen Aufstieg genügt es nicht, hier braucht es eine andere Verteilungs- und Einkommenspolitik. Ohne die kann man keine Aufstiegsversprechen erfüllen.

Wir kommen immer wieder zum Punkt, dass die Mittelschicht ihre eigenen Interessen oft falsch einschätzt. Wenn man die aktuelle Debatte rund um Euro-Krise und Euro-Rettungspaket betrachtet, beschleicht einen allerdings auch das Gefühl, dass die Reichen ihre Interessen nur eingeschränkt wahrnehmen. Obwohl niemand so sehr vom Euro profitiert wie die deutsche – und auch die österreichische – Exportwirtschaft hat man das Gefühl, dass ausgerechnet Politiker des bürgerlichen Lagers mit dem Feuer spielen und die Euro-Stabilisierungsprojekte torpedieren. Warum ist das so?

Ich glaube, da darf man sich nicht verwirren lassen. Wenn es ernst wird, ist der Widerstand eher schwach ausgeprägt. Im Bundestag haben letztlich fast alle zugestimmt. Sowohl die Regierungsparteien als auch die Opposition. Eine Form der Polarisierung, wie sie die FPÖ in Österreich probiert, gibt es in Deutschland nicht. Das wird durch nationalistische Töne in BILD-Zeitung und Focus vielleicht verdeckt. Die Griechen abwatschen, das macht irgendwie immer Spaß. Aber ich meine nicht, dass daraus Konsequenzen erwachsen. Wenn's hart auf hart kommt, ist den meisten Deutschen klar, dass man das mit dem Euro durchziehen muss. Deutschland wird am Euro festhalten. Und dass man mit irgendwelchen Rausschmiss-Szenarien nichts gewinnt, hat FDP-Chef Rösler ja auch bei den Berlin-Wahlen zur Kenntnis nehmen müssen. Vor die Wahl gestellt »Rettungsschirm oder Euro-Crash?«, werden die Deutschen meines Erachtens immer sagen: »Also das mit dem Crash machen wir lieber nicht.«

Also keine Euro-Ausstiegswünsche aus Deutschland?

Nicht so, wie es jetzt diskutiert wird. Es wäre für Deutschland ein Problem, wenn zuerst Griechenland und dann die anderen Südeuropäer den Euro verlassen, sowohl für die Banken als auch für die Exportwirtschaft. Denn dann müsste Deutschland seine Auslandsforderungen teilweise abschreiben, und das sind hunderte von Milliarden. Ich glaube eigentlich auch, dass das in Österreich nicht anderes wäre. Selbst wenn die FPÖ in der Regierung wäre, kann ich mir auch nicht vorstellen, dass die den Euro sprengen könnten und dass das in der Bevölkerung goutiert würde. Denn auch die Österreicher würden als Exportnation dramatisch verlieren.

Die Euro-Krise ist ja letztlich ein Ergebnis fehlender Konsequenzen aus der Finanzkrise, auch wenn der Ärger vieler Menschen mit Griechenland-Debatten fehlgeleitet wird. Sie haben aber auch geschrieben, dass auch die Wut auf die Manager und ihre Gehälter eine Täuschung sein kann. Wie meinen sie das?

Nicht, dass Sie mich missverstehen – natürlich finde ich es völligen Quatsch, dass Josef Ackermann neun Millionen Euro pro Jahr verdient. Ein normaler Arbeitnehmer muss dafür fast 300 Jahre arbeiten, da hätte er vor der Französischen Revolution damit anfangen müssen. Dafür gibt es natürlich keine Rechtfertigung, darüber kann und muss man sich auch aufregen. Aber was ich erstaunlich finde ist, dass es keinen Eingang in die breite Öffentlichkeit findet, was sich die Kapitaleigner längst ausgerechnet haben: Dass diese absurden Bezüge der Manager im Schnitt nur 1,48% der Konzerngewinne ausmachen. Also da ist doch die Frage eigentlich, wo die übrigen 98,52% bleiben, die nicht an die Manager gehen, sondern an die Eigentümer ausgeschüttet werden. Was mich stört ist, dass darüber nicht geredet wird, sondern der Klassenkampf sozusagen nur unter den Angestellten ausgetragen wird, weil ja auch Manager Angestellte sind. Kleine Angestellte ärgern sich also, dass große Angestellte mehr verdienen, das ja auch

zurecht. Aber wo bleibt die Debatte über die eigentlichen Reichtümer, frage ich. Wo sind die Gewinne?

Genau an dieser Frage spitzt sich ja gerade die Lohnrunde in der österreichischen Metallindustrie zu. Da wurden in den letzten Jahren 90 Prozent der exorbitanten Unternehmensgewinne ausgeschüttet, von den Arbeitnehmern wird weiter Lohnzurückhaltung wegen der schlechten Konjunkturdaten gefordert.

Ja, genau darum geht es. Die Reallöhne wachsen seit Jahren nicht.

Aber wachsende Unzufriedenheit zeigt sich nicht nur bei diesem Lohnkonflikt. Alle paar Wochen starten Altpolitiker irgendwelche Initiativen und versuchen, das Gefühl, dass es so nicht weitergehen kann, zu kanalisieren. Mit welcher Strategie kann die Linke denn wieder Vertrauen gewinnen und für eine offensive Politik der Veränderung werben?

Wenn man die richtigen Themen anspricht und dafür wirbt, dann werden sich dafür auch Mehrheiten finden. Wenn jede Woche eine neue Umfrage bestätigt, dass Vermögenssteuern und gerechte Verteilung der Steuerlasten ein Thema ist für die Wähler, dann wird sich auch etwas ändern. Bisher war ja das Problem, dass die Mittelschicht oft gegen ihr eigenes Interesse sich mit den Reichen und den Spitzenverdienern identifiziert hat. Aber man sieht ja gerade in Österreich, dass sich da derzeit etwas ändert. Es ist vielleicht noch nicht so weit, aber ich orte da schon einen Veränderungsprozess.

Und mit welchen politischen Projekten lassen sich solche Mehrheiten organisieren? Ist der Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen, von denen ja auch die Mittelschicht stark profitiert, ein Projekt, für eine gemeinsame Mehrheit von »Unter-« und Mittelschicht?

Ja, also ich halte das für ein ganz zentrales Thema. Von einem Ausbau des Wohlfahrtsstaates profitieren alle und sind da einige gesellschaftliche Probleme zu lösen. Aber ich meine, dass

man da gar nicht unbedingt in Bündnissen denken muss. Zum einen will sich die Mittelschicht ja gar nicht so bewusst mit dem verbünden, was sie als Unterschicht betrachtet. Und zum zweiten ist die Mittelschicht dazu auch gar nicht gezwungen, weil sie ja die absolute Mehrheit stellt. Nach der von mir verwendeten Definition stellt sie ca. 60% der Bevölkerung und ist zusätzlich überrepräsentiert, weil die Armen ja oft gar nicht zur Wahl gehen. Also die Mittelschicht entscheidet jede Wahl. Es ist dann nicht einmal notwendigerweise erforderlich, dass sie auf die Straße gehen. Sie muss nur klar signalisieren, was sie will. Nehmen Sie den Atomausstieg in Deutschland. Nach Fukushima war klar, dass die stabilen Mehrheiten gegen die Atomkraft die nächsten Wahlen beeinflussen würden, und mit einem Mal gab es keine Partei mehr, die Atomkraft befürwortet hätte. Etwas ähnliches muss mit den Vermögenssteuern und Steuern auf Spitzeneinkommen auch gelingen, und Ansätze dafür gibt es ja da gerade in Österreich. Die Mittelschicht muss ihr eigenes Interesse erkennen und Signale setzen. Dann ist die Entscheidung schon gefallen.

Danke für das Gespräch.



Ulrike Herrmann
**HURRA, WIR
DÜRFEN ZAHLEN**
Westend
222 Seiten, 17,50 Euro

ULRIKE HERRMANN

ist Wirtschaftskorrespondentin der Tageszeitung taz.



HERRI MET DE BLES, VERSUCHUNG DES HL. ANTONIUS, UM 1540/50. KUNSTHISTORISCHES MUSEUM, WIEN





JAN BRUEGHEL DER JÜNGERE, TRIUMPH DES TODES, UM 1620, SAMMLUNGEN DES FÜRSTEN VON UND ZU LICHTENSTEIN, VADUZ-WIEN

Wie retten wir Europa?

»Kill the Monster ›Wettbewerb!« ist die Antwort von Josef Hoppichler. In seinem Beitrag analysiert er Ursachen und Zusammenhänge der Euro- und Schuldenkrise und plädiert für einen ganz anderen Blick auf die Schuldenkrise Griechenlands und die daraus abzuleitenden wirtschaftspolitischen Rückschlüsse, als es derzeit in Europas Politik üblich ist.

Es gibt in den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen einen bilanziellen Ausgleich, der genauso funktioniert wie eben eine private Ein- und Ausgabenrechnung. Eine solche ganz simple volkswirtschaftliche Bilanz ist – wie Kazimierz Laski vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche¹ aufzeigte – dass die Privatinvestitionen (IP) minus dem privaten Sparen (SP)² plus dem Staatsdefizit (D) und plus den Nettoüberschüssen des Exports (E) zusammengezählt immer Null ergeben. Oder abgekürzt in einer simplen Formel: $(IP - SP) + D + E = 0$ (Null)³.

SIAMESISCHE ZWILLINGE

In einer zusammenfassenden Interpretation könnte man sagen, dass auch volkswirtschaftlich das Sparen mit dem Schuldenmachen oder der Gläubiger mit dem Schuldner wie siamesische Zwillinge verbunden sind – eben genauso wie »Soll und Haben«. Nur ist hier das Verhältnis ein sensibleres: Das Gegenübertreten sollte auf gleicher Augenhöhe stattfinden und nicht gestaltet sein wie »große Bank und kleiner Kunde« oder gar wie »Herr und Knecht«.

In entwickelten, industriell wettbewerbsstarken Volkswirtschaften, wie sie insbesondere Deutschland, Österreich, die Niederlande oder skandinavische Länder vorweisen, ist im Durchschnitt die Differenz aus privaten Investitionen und dem Sparen immer negativ. Sie neigt sogar dazu immer negativer zu werden, insbesondere dann, wenn keine grundlegenden neuen Ideen vorhanden sind, um zu investieren. Solche grundlegenden Innovationen, basierend auf neuen gesellschaftlichen Paradigmen, gab es in der Nachkriegszeit beispielsweise in der Ausstattung der Haushalte mit Elektro-

geräten oder in der Schaffung von verbessertem Wohnraum oder im Aufbau von steuerfinanzierten Sozialsystemen oder in der Automatisierung oder jüngst eben in der Digitalisierung der Gesellschaft.

Aber wenn keine solche neue Leitideen, die zu einem entsprechenden Nachfragewachstum führen, vorhanden sind, dann lässt die private Investitionstätigkeit insgesamt nach, und die Haushalte sparen und die Gewinne gehen auf spekulative Finanzmärkte. Wir sparen also mit mehr oder weniger Geschick. Hinzuzufügen ist: Das gilt in dieser Form nur für den großen Durchschnitt, denn viele Menschen können aufgrund fehlender Einkommen und Vermögen daran kaum teilnehmen. Das Ergebnis ist aber, dass Geld irgendwo auf den globalen Finanzmärkten angehäuft wird. Insgesamt leiden unsere Volkswirtschaften somit an zu viel Geld, obwohl die große Mehrheit glaubt, dass es zu wenig sei.

Damit das Wachstum bzw. die relative Vollbeschäftigung nicht zusammenbricht, muss der Staat durch Defizit ausgleichen – sprich er macht beim Finanzsystem Schulden und das Finanzsystem bläst sich nochmals auf. Würde dies der Staat nicht gemacht und diese Ventilfunktion nicht wahrgenommen haben, so wären wir schon viel früher in die Krise gestürzt oder hätten unsere Sozial- und Bildungssysteme gefährdet. Die Staatsschulden sind somit systemimmanent, insbesondere dann, wenn sich das Kapital nicht besteuern und kontrollieren lässt, bzw. wenn kein Wachstum vorhanden ist.

Das zweite Geldventil besteht darin, dass das Finanzsystem die Geldüberschüsse ins Ausland transferiert, damit dort das Geld vorhanden ist, um die volkswirtschaftlichen Gü-

1. LASKI KAZIMIERZ: Economic growth and changes in the investment-savings financial balance. In: Kurswechsel, Heft 2/2011.
2. Das inkludiert jeweils die Investitionen minus dem Sparvolumen der Haushalte sowie die Investitionen minus den nicht ausgeschütteten Gewinnen der Unternehmen in Summe. Abgekürzt: (Haushalts-IP minus Haushalts-SP) plus (Unternehmer-IP minus Unternehmer-SP).
3. Anmerkung für den Normal-Leser: Bitte seien Sie beruhigt. Es war die einzige und letzte Formel in diesem Artikel.

ter- und Dienstleistungsüberschüsse, die wir durch unsere wettbewerbsfähige Wirtschaft erzeugen, gewinnbringend im Ausland abgesetzt werden können. In Summe ergibt sich in der Bilanz dann wieder eine Null. Kurios an diesem Geschehen ist zudem, wie wir es derzeit in den wettbewerbsstarken mittel- und nordeuropäischen Ländern beobachten, dass diese nur ein geringes Wachstum aufweisen. Wachstum kann nur durch eine Steigerung der privaten Investitionen oder durch Deficit-Spending oder durch Außenhandelsüberschüsse bzw. durch eine Verringerung der Sparquote generiert werden. Nachdem Letzteres im Gegensatz zur USA bei uns absolut unüblich ist und die privaten Investitionsvolumen eher nachlassen, sind wir dazu verurteilt durch Ungleichgewichte in den Staatsfinanzen bzw. im Außenhandel dieses geringe Wachstum zu stützen.

Die zusammenfassenden Charakteristika dieses Systems sind: Alle arbeiten sehr viel, wenige verdienen sehr gut, im Durchschnitt wird sehr viel Geld gespart, das aber im Inland zu wenig Zinsen abwirft. Wir haben also zu viel Geld bzw. können jene, die bei uns zu wenig haben, zu geringe Renditen garantieren, sodass wir diese dem Sozialsystem des Staates überlassen. Dieser macht renditeträchtige Schulden und garantiert die Infrastruktur und die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems. Insgesamt werden aber das Staatssystem und dessen Sozialfunktion zunehmend ausgehöhlt und an die Grenze der Leistungsfähigkeit gebracht.

Das überschüssige Geld aus den Unternehmergewinnen und den Sparguthaben der sozial Starken wandert auf die globalen Finanzmärkte (Steuern sind ja »pfui«), damit es sich dort noch mehr vermehrt, zusätzlich unsere Staatsdefizite über rentable Anleihen abdeckt bzw. damit es unsere überschüssigen Güter- und Dienstleistungen wieder finanziert. Hier zeigt sich ein drittes Ventil: Das internationale Finanzkapitel neigt dazu, sich spekulativ aufzublasen und sich an den knapper werdenden Rohstoffen inflationär mit schwerwiegenden politischen Kollateralschäden zu entladen. Geht das nicht,

dann drohen schwere politische Krisen oder sogar kriegerische Auseinandersetzungen, wie wir es aus der Geschichte zur Genüge wissen.

DAS FATALE PARADIGMA DES WETTBEWERBS

Vorangetrieben wird das gesamte Werk von einer wirtschaftsdarwinistischen Grundidee einer »internationalen Wettbewerbsfähigkeit« von Staaten und (Groß-)Unternehmen. Ziel sei der »Wettbewerbsstaat«, der in seiner öffentlichen Darstellung zumeist in neoliberalen Effizienzfloskeln eingehüllt wird. Mit Vorliebe stellen sich beispielsweise Deutschland oder Österreich als Musterbeispiele solcher wettbewerbsfähiger Staaten zumindest nach innen dar, so als gelte es, das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs auf dem Feld der Wirtschaft nochmals zu korrigieren.

Und mit Vorliebe spricht der deutsche Finanzminister von der Wettbewerbsfähigkeit, die es zu verteidigen gelte. Das ist aber ein absolutes Trugbild. Denn wenn man sich auf dem Feld der Wettbewerbsfähigkeit brüstet, muss man auch dazusagen, wie man sich zukünftig zu den Nicht-Wettbewerbsfähigen verhalten möchte. Und wie wir momentan erfahren, ist die deutsche Regierung diesbezüglich sprachlos und die österreichische zeigt sich überrascht, wenn die nationalistisch angehauchten Ungarn bei Fremdwährungskrediten nicht mehr mitspielen wollen.

Derzeit stellt sich unsere Wettbewerbsfähigkeit so dar: Wir arbeiten voll und immer mehr – mit Überstunden, effizient und flexibel mit Lohnverzicht – oder gleich als Praktikanten, mit bester, möglichst selbst bezahlter Ausbildung aber dann gleich bis zum Alter von 67. Wozu? Damit die Gewinne immer mehr werden und damit wir immer wettbewerbsfähiger jene beherrschen, die da nicht mithalten können. Von jenen erwarten wir, dass sie in Schuldknechtschaft die Vorgaben erfüllen und das tun, was unser Mehr maximiert. Wir sind die Wettbewerbsfähigen, wir sind die Guten und die anderen sind die »Looser« und die Schlechten – eine kuriose Wertigkeit,

die sich da in unseren Köpfen, die historisch zudem durch Nationalismus mitgeprägt worden sind, eingenistet hat. Das muss zweifellos dazu führen, dass der Boulevard jetzt ruft: »Schmeißt sie raus, die Griechen!« Fast laufen wir Gefahr, dass sich die Tragödie der wirtschaftsliberalen Geschichte wiederholen könnte: Die vom System durch schlechte Löhne Benachteiligten rufen nach dem Staat, der »die kleinen Griechen« zwingen solle, die Schulden zu zahlen, damit die Bilanzen der vom international Kapital getragenen Investmentbanken und hier wieder die Renditen der Aktionäre und Kapitalgeber stimmen. Ein Drehbuch, von dem man fast behaupten könne, es habe der Analytiker Karl Marx vor 150 Jahren selbst geschrieben.

Aber, wie gesagt, das volkswirtschaftliche Spiel – oder war es gar ein Kampf mit anderen Mitteln – hatte andere Regeln, die einem Großteil der Menschen vorenthalten wurden, damit sie bei dieser globalen Akkumulation widerspruchslos mitspielen. Um es jetzt sehr vereinfacht als Spiel zwischen uns und »den Griechen« darzustellen, müsste man sagen: Wenn »die Griechen« die Schulden nicht gemacht hätten, hätte sie ein anderer machen müssen – z. B. der Staat. Dafür, dass wir ideenlos und eigentlich phantasielos sind, dafür können »die Griechen« eigentlich nichts.

Im Gegenteil, wir sollten »den Griechen« sogar dankbar sein, dass sie uns so eindeutig die Grenzen unseres Waren- und Finanzsystems bzw. unserer Wachstums-Zwangsökonomie aufzeigten, und uns sogar zu alternativem Denken anregten. Auch das ist eine besondere Leistung, denn die Mittel- und Nordeuropäer lassen sich nicht so leicht aus ihrer sturen Bahnen der Wettbewerbsfähigkeit werfen. (Anmerkung: Man kann durch diese Plakatvzuschreibung in Form »der Griechen« aber auch alle anscheinend »Nicht-Wettbewerbsfähigen« subsumieren.)

Dieser Wettbewerb, der uns in den letzten dreißig Jahren immer und immer wieder eingepfiff worden ist, ist ein

sinnloses Spiel ohne Ziel. Er führt, wenn er zur Leitidee des Wirtschaftens wird, insbesondere auch in einer Staatengemeinschaft mit unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen, wie sie in der EU gegeben sind, sogar an den Rand des Abgrunds. Auch ohne Euro wären wir absolut in der Krise.

Der beliebte Spruch, mit dem erst kürzlich die österreichischen Wirtschaftskammer noch warb: »Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut!«, kann in einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft nur eine partielle Wahrheit darstellen. Denn dazuzusagen wäre, dass das nur gelte, solange die Wohlhabenden anteilig bereit sind, den Staat und seinen sozialen Ausgleich via Steuern zu finanzieren, und solange sich das Geldsystem nicht in spekulativen Blasen selbst hinweg-inflationiert und solange den Menschen genügend Freizeit und Geld bleibt, um die Wohltaten der Wirtschaft auch zu genießen. Zudem sollte man wissen: Auch das Geldsystem ist eine sozial geschaffene Institution, die nicht allein den Geld- und Kapitalbesitzern gehört.

Noch etwas gilt es anzumerken: Zu glauben, dass wir jetzt schleunigst noch dazu wieder im Wettbewerb der Staaten untereinander die staatlichen Defizite möglichst schnell einschränken müssten, löst die Krise in keiner Weise, sondern im Gegenteil: Das plötzliche öffentliche Sparen verstärkt sie sogar, es trennt die »Gewinner« schneller von den »Loosern«. In Conclusio: Der Sparwettbewerb kann ein Problem nicht lösen, das durch den Wettbewerb verursacht worden ist.

WAS KÖNNEN WIR DARAUS FÜR UNS LERNEN?

Neuausrichtung der Volkswirtschaften im Innenverhältnis:

- Neue Ideen insbesondere auch für den Umweltschutz sind zu fördern und zu erproben. Ohne eine innovative nachhaltige Neuausrichtung unserer Ökonomien gibt es keine

Verbesserung der Wohlfahrt. Deshalb sind »die Energie- wende« in Deutschland oder das »Greening« der Ökonomie bzw. ein klimaneutrales Ausrichten unserer Wirtschaft eine volkswirtschaftliche Chance.

- Das mit dem bisherigen Wettbewerb verbundene Lohndumping ist soweit als möglich zu vermeiden. Es geht um eine faire Aufteilung der Wachstumsgewinne – auch wenn sie nicht groß sind.
- Arbeitszeitverlängerungen in welcher Form auch immer sind abzulehnen. Im Gegenteil, es muss wieder um die Verkürzung der Arbeitszeiten, sei es Lebensarbeitszeit oder Wochenarbeitszeit oder Urlaubszeit, gehen.
- Alternative Ansätze in der industriell ausgerichteten kontinental und global vernetzten »Fremdversorgerwirtschaft«, wie sie beispielsweise das bindungslose Grundeinkommen darstellen, sind nicht nur diskussionswürdig, sondern sollten auch in Umsetzungsschritten erprobt werden.
- Wir sollten von einer Geld maximierenden Ökonomie zu einer Wohlfahrt optimierenden Ökonomie gelangen: Dies inkludiert einen sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen und einen nachhaltigen Umgang mit Naturressourcen. Innovationen sollten nicht darin bestehen, wie wir mehr Output erzeugen, sondern darin, wie wir mit weniger Input gleich viel menschliches Wohlbefinden für möglichst viele garantieren können.
- Eine Ökonomie der Mäßigung, der Qualität und zum Teil auch des Verzichts ist notwendig – und nicht eine Ökonomie der harten Quantitäten. Wir haben nichts davon, anderen regelmäßig und andauernd überlegen zu sein.

Neuausrichtung der Volkswirtschaften im Außenverhältnis:

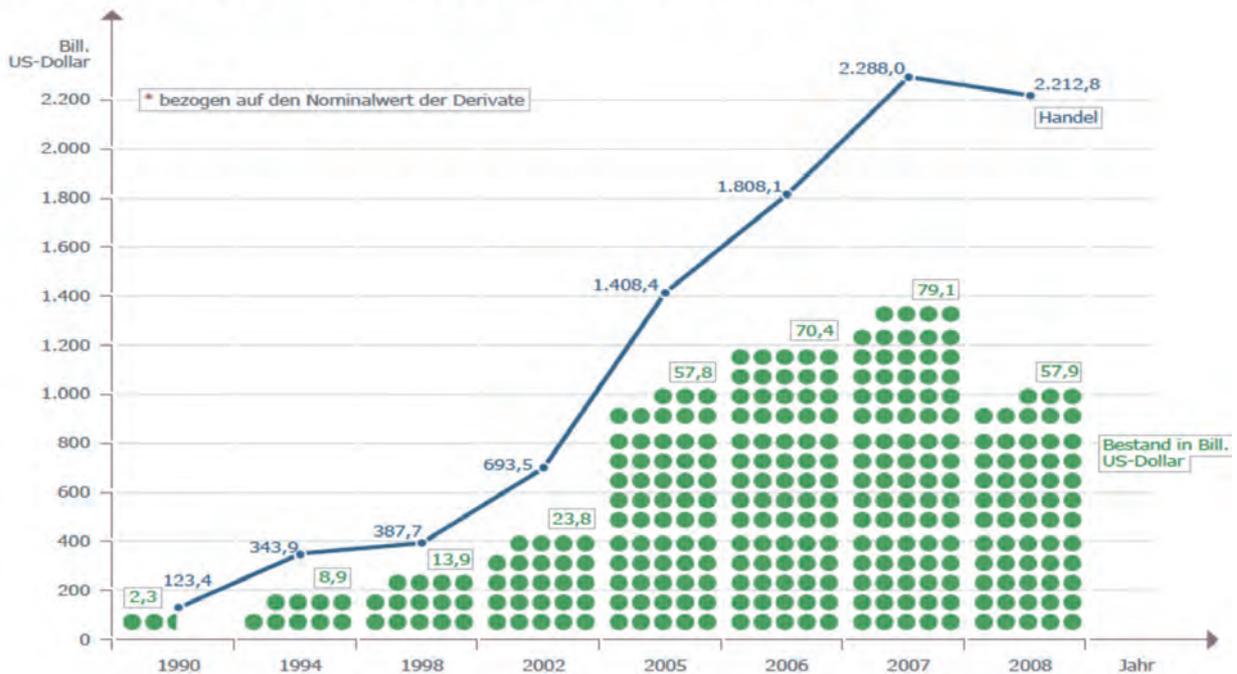
- Die Staaten müssen auf den Wettbewerb und auf das »an die Wand spielen« der anderen verzichten. Kooperative Ansätze sind dem Konkurrenzdenken innerhalb von Staatengemeinschaften zur Schaffung von menschlicher Wohlfahrt weit überlegen. Das gilt für die EU und das gilt auch

global. Wenn wir dies verkennen oder verabsäumen, dann warten »auf der anderen Seite des Flusses« irrationale Konflikte oder sogar schreckliche Kriege.

- Überschuldete Staaten wie Griechenland sind zu entschulden und mit Kapital so auszustatten, dass sie wieder eine normale vergleichbare Wirtschaftssituation vorfinden und dass eine vergleichbare Wirtschaftsinfrastruktur wie ein funktionierendes Steuersystem installiert werden kann. Wenn es ungerechtfertigte Kapital- und Steuerflucht aus Griechenland gegeben hat oder noch gibt, dann wäre es ein Leichtes dieses Kapital zu ent-anonymisieren und es der Steuer zugänglich zu machen, wenn die Politik auch bei uns das wollte.
- Ein dauernder Außenhandels-Überschuss auch innerhalb der EU muss entweder vermieden werden oder er inkludiert, dass ein geordneter Finanztransfer oder Finanzausgleich in die Nettoimportländer erfolgt. Die Transferunion ist eine Notwendigkeit gemeinsamer Wirtschafts- und Währungspolitik.
- Die internationale, europäische und nationale Politik muss sich auf klare Regeln verständigen, die die Finanzkapitalmärkte aber auch die anderen Märkte unter das Primat der Politik stellen. Zweifellos ist das politisch eines der schwierigsten Unterfangen. Spekulationen, die keine Sicherheitsfunktion erfüllen, sondern nur die Kapitalakkumulation ohne Gegenleistung vorantreiben oder ein systematisches Monopolisieren von Märkten mit sich bringen, müssen unterbunden werden. Märkte mit Derivaten sollten nur in engen Bereichen als Versicherungsinstrument möglich sein.
- Dass sich beispielsweise börsengehandelte Finanzderivate zwischen 1998 und 2008 im Handelsvolumen versechsfachten und im Bestand verfünffachten – von ca. 14 Billion US-Dollar auf über 70 Billionen Dollar – bzw. nicht-börsengehandelte Derivate – sogenannte OTC-Derivate – ebenfalls fünffach gesteigert wurden, um 2008 einen Bestand von ca. 540 Billionen Dollar aufzuweisen, das alles zeugt von einer unkontrollierten und unverantwortlichen globalen Geldschöpfung und Finanzkapitalakkumulation.

Börsengehandelte Finanzderivate

Bestand und Handel*, in absoluten Zahlen, weltweit 1990 bis 2008



Quelle: Bank for International Settlements (BIS): Quarterly Review, verschiedene Jahrgänge
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, www.bpb.de



Ähnliches kann auch zum Aktienhandel gesagt werden. Deshalb müssen Finanztransaktionssteuern verhandelbar gemacht werden.

- Die EU, will sie langfristig stabil bleiben und nachhaltig ein friedliches Europa sichern, kommt nicht umhin, nicht nur eine Wirtschafts-, Währungs- und Fiskalunion zu werden, sondern muss auch eine Sozialunion werden. Es gilt nicht nur die Solidarität zwischen den »Bundesstaaten«, sondern es muss auch eine Solidarität innerhalb der Europäischen Staatengemeinschaft und ihrer Gesellschaften geben, die

gemeinsam verantwortet wird. Der Plan B kann nur ein geordneter Rückzug aus der Wirtschafts- und Währungsunion sein. Eine EU, die aus einem Bündnis der »AAA«-Staaten und einem Bündnis der »Pleiteststaaten« besteht, kann wohl nicht die Lösung des Europäischen Finanz- und Politikrätsels sein.

- Innerhalb des neu zu definierenden »Europäischen Bundesstaates« müssen klare Regeln für Rechte und Pflichten gegeben sein, die von einer Europäischen Regierung auch exekutiert werden.

- Steuerparadiese und Bankgeheimnisse in der EU sind zu beseitigen.

Das »Business-as-usual« muss nicht nur bei »den Griechen« ein Ende haben, sondern darf Gott-sei-dank auch bei uns beendet werden. Also: »Auf gegen die Hydra ›Wettbewerb«. Oder Rückzug auf allen Linien!« Letzteres erscheint gefährlicher. 

JOSEF HOPPICHLER

ist Lektor für »Ökonomie und Politik der natürlichen Ressourcen« der Universität für Bodenkultur und Mitarbeiter der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien. Der Beitrag erschien in leicht gekürzter Form am 7.10.2011 auch im Standard.





HIERONIMUS BOSCH NACHFOLGER, DIE VERSUCHUNG DES HL. ANTONIUS (DETAIL), UM 1500/1510. © DOMMUSEUM ZU SALZBURG, FOTO: JOSEF KRAL

Natürlich hat die Linke recht, aber wissen das auch die Menschen?

In seinem Beitrag widmet sich Albrecht K. Konečný noch einmal der Aufregung um die unerwartete Einsicht zweier Erzkonservativer, die Linke könnte doch recht haben: Zustimmung anderer nachdenklicher Konservativer, hektische Abwehrmaßnahmen der weniger Nachdenklichen. Die Frage, worin die Linke denn recht hat und wer denn diese Linke ist, wird seines Erachtens dabei nur teilweise erörtert.

Den Anfang machte Charles Moore, der Laudator »Maggi« Thatchers, dem wohl niemand solche Selbstzweifel zugetraut hätte: »Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat« titelte er seine Kolumne im britischen »Telegraph« und löste damit die Debatte aus.

Der keineswegs tiefschürfende Artikel lobt zwar auch jetzt noch die »Errungenschaften« der Thatcher-Ära – nicht zuletzt auch die Schwächung der britischen Gewerkschaften –, kommt aber dennoch zu bemerkenswerten Einsichten: »Eines der starken Argumente der Linken war, dass der »freie Markt ein Schwindel ist. Die Reichen betreiben ein globales System, das es ihnen erlaubt Kapital zu akkumulieren und zahlen nur den niedrigsten Preis für Arbeit. Die Freiheit, die so entsteht, gilt nur für sie. Die vielen anderen müssen immer härter arbeiten, dies unter Bedingungen, die immer unsicherer werden, um die wenigen immer reicher zu machen. Die demokratische Politik, die vorgibt, die vielen reicher zu machen, ist in Wirklichkeit in den Händen der Banker, der Medienbarone und anderer Moguln, die alles besitzen und managen.

In den 70er und 80er Jahren war es einfach, diese Argumente zurückzuweisen ... Aber wenn heute die Banken, die sich um unser Geld kümmern, dieses einfach nehmen, es verspielen und dann – wegen der Garantien der Regierung – nicht bestraft werden, dann passiert etwas viel Schlimmeres. Es stellt sich heraus – wie die Linke immer behauptet hatte –, dass ein System, das vorgibt das Vorankommen von vielen zu fördern, sich zu einem pervertiert hat, das nur einige wenige reicher macht. Das globale Banken-System ist ein Abenteuer-Spielplatz für seine Teilnehmer – komplett mit einem

schwammigen, gesundheits- und sicherheitserprobten Boden, so dass sie wieder aufstehen können, wenn sie gefallen sind. Die Rolle aller anderen besteht einfach darin zu zahlen.«

Und vor allem deutet er auch die gesellschaftspolitischen Auswirkungen dieser Entwicklung an: »Ihre Chancen (gemeint: die Chancen der großen Mehrheit der Bevölkerung) auf einen Job, auf ein eigenes Haus, eine anständige Pension, einen guten Start für ihre Kinder werden immer kleiner. Es ist, als ob man in eine Raum lebt, der immer mehr schrumpft. Für Menschen, die nach 1940 geboren wurden, ist das eine völlig neue Erfahrung. Wenn es noch länger so weitergeht, wird sie ziemlich schrecklich werden.«

Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung, auch er bislang ein von keinerlei Zweifeln geplagter Propagandist des Kapitalismus, legte knapp ein Monat später nach: »Ein Jahrzehnt enthemmter Finanzmarktökonomie entpuppt sich als das erfolgreichste Resozialisierungsprogramm linker Gesellschaftskritik. So abgewirtschaftet sie schien, sie ist nicht nur wieder da, sie wird auch gebraucht.«

Schirrmacher zitiert zustimmend die Aussagen Moores und ergänzt sie um eine kritische – nein: vernichtende – Beurteilung der aktuellen Politik der deutschen CDU-FDP-Koalition: »Eine Ära bürgerlicher Politik sah die Deklassierung geistiger Arbeit, die schleichende Zerstörung der deutschen Universität, die ökonomische Unterhöhnung der Lehrberufe ... Das Bürgertum, das seine Werte und Lebensvorstellungen von den gierigen Wenigen missbraucht sieht, muss in sich selbst die Fähigkeit zur Gesellschaftskritik wieder finden.«

Die Analysen der beiden zweifelnden Autoren sind sicherlich weder umfassend noch tiefgründig. Vor allem Schirrmacher drückt in seinem Aufsatz mehr die Ängste eines sich nun erstmals auch wieder bedroht fühlenden Bürgertums aus als eine gesamtgesellschaftliche Sicht. Und sie sind sicherlich auch keine tauglichen Protagonisten einer Renaissance der Linken. Aber ihre Selbstzweifel sind nichtsdestoweniger ein Signal, das gehört werden sollte.

REAKTIONEN AN DER PERIPHERIE

In jenem »kleinen gallischen Dorf«, das Österreich mehr und mehr darstellt, wollen Konservative dieses Signal eher nicht hören. Soweit es bisher hierzulande so etwas wie eine Debatte über die Einsichten Moores und Schirrmachers gegeben hat, war sie von Verleugnung der Realität und Beschimpfung der »Dissidenten« geprägt.

Den Anfang machte der selbsternannte Leiter des »Zentralorgans des Neoliberalismus«, Christian Ortner, mit einer »originellen« Deutung der Finanzkrise: »Zuerst zwingt die (eher linke) Clinton-Regierung die US-Banken, Kredite an nicht kreditwürdige Angehörige von Minderheiten zu vergeben und verursacht mit kausal den Immobilien-Crash in der Folge die Finanzkrise 2007; ein Staatsversagen von monumentalem Ausmaß.« (Presse 19.8.2011)

Dann wirft sich Andreas Khol in die Bresche: Für ihn gibt es weiterhin »einen breiten wohlhabenden Mittelstand« und eine »massive Umverteilung von Reichen zu Ärmeren«. Es ist also alles in Ordnung und nur eine »manichäische Weltsicht«, die er Moore und Schirrmacher vorwirft, könne zu so einem falschen Urteil führen.

»Was Schirrmacher und Moore zu Recht feststellen, hat mit links und rechts nichts zu tun. Es ist der Verzicht darauf, Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen« (Presse 20.8.2011) fügt er noch hinzu: Die Schuldigen jener Regierung, die Khol so emphatisch unterstützt hat, kann er zu diesem Zeitpunkt wohl

noch nicht gemeint haben. Moore kommt bei Khol besser weg als Schirrmacher: Hat doch letzterer – nach Khol's Meinung – schmäählich vergessen, die »soziale Marktwirtschaft« als Alternative zu den kritisierten Entwicklungen zu loben, während Moore mildernde Umstände bekommt, weil in seinem Land Thatcher sträflicherweise behauptet (und praktiziert) hat, dass eine Marktwirtschaft niemals sozial sei.

Am gleichen Tag rückt auch »Presse«-Chefredakteur Michael Fleischhacker zur Schadensbegrenzung aus: »Charles Moore und Frank Schirrmacher fragen sich, ob die Linke recht habe mit ihrer Kritik, dass unser System nur die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Ist das wirklich die Frage?« lautet der Untertitel seines – ganzseitigen – Leitartikels. Für ihn ist sie das ersichtlich nicht, lieber philosophiert er darüber, das »immer mehr Bürger den Eindruck (haben), dass die überkommenen Institutionen nicht mehr dazu in der Lage sind, die öffentlichen Angelegenheiten zufrieden stellend zu regeln.«

Anderswo hat diese neue Debatte mehr Nachdenklichkeit ausgelöst – aber bei uns in Österreich? Hier reden Konservative lieber von etwas anderem, als einzugestehen, dass es dem konservativen Denken an den Kragen geht.

WER ZAHLT WIE VIEL?

Parallel dazu ist auch eine zweite durchaus weltweite »Bewegung« ausgebrochen – nämlich das Einbekenntnis vieler der wirklich Reichen, dass sie selbst unvertretbar wenig Steuern zahlen, während die Steuerlast der »kleinen Leute« ein kaum mehr leistbares Ausmaß erreicht hat. Und angesichts der gewaltigen finanziellen Belastungen, die gerade jetzt ihre Staaten treffen oder diesen drohen, seien sie persönlich durchaus bereit, einen höheren Beitrag zur Bewältigung der staatlichen Aufgaben zu leisten.

Der milliardenschwere US-amerikanische »Investor« – man kann ruhig auch die Berufsbezeichnung »Spekulant« verwenden

den – Warren Buffet hat sich als einer ersten in der »New York Times« beklagt, er zahle viel zu wenig Steuern. »Es ist Zeit, dass die Regierung ernst macht mit einer fairen Lastenverteilung. Während wir Mega-Reichen – in Buffets Fall sind es runde 50 Milliarden Dollar – unglaubliche Steuervorteile genießen, kommen die meisten Amerikaner kaum über die Runden. Der Grund: Kapitaleinkünfte werden wesentlich geringer besteuert als Arbeitseinkommen. Dabei tragen in den USA Einnahmen aus der Vermögensbesteuerung immerhin im Ausmaß von 3,2 Prozent des BIP zu den öffentlichen Haushalten bei – in Österreich sind es ganze 0,5 Prozent.

Buffet ist nicht allein. Der französische Werbekonzern-Chef Maurice Levy veröffentlichte – auch im Namen weiterer 15 Superreicher – einen Aufruf »Taxez nous!«, in dem es wörtlich heißt: »In einem Moment, in dem die Regierung von allen eine Solidaritätsanstrengung verlangt, scheint es uns nötig, einen Beitrag zu leisten.« Auch hier die notwendige ergänzende Information: In Frankreich machen die öffentlichen Einnahmen aus der Besteuerung von Vermögen immerhin 3,4 Prozent des BIP aus.

Es kann darüber gerätselt werden, welche Motive im jeweiligen Einzelfall zu solchen Einsichten geführt haben: So etwas wie schlechtes Gewissen, die Einsicht, dass eine von solchen Einkommens- und Vermögensunterschieden geprägte Gesellschaft zu zerfallen droht, oder auch einfach gute »public relations«.

Aber zurück in unser heimatliches »gallisches Dorf«: Mit der rühmlichen Ausnahme von Ariel Muzikant und Hans Peter Haselsteiner meldete sich da niemand zu Wort. Haselsteiner forderte einen Steuersatz von 70–80 Prozent für Einkommen über fünf Millionen Euro und kritisierte auch die Steuerprivilegien der Stiftungen als »nicht mehr zeitgemäß«. Alle anderen schwiegen – und hielten nicht einmal für notwendig, solche Ideen zurück zu weisen. Mussten sie ja auch nicht, denn diese Aufgaben hatten bereits der Vizekanzler und

die Finanzministerin übernommen, die gebetsmühlenartig versichern, dass es mit der ÖVP niemals eine Vermögenssteuer (oder auch eine wie immer gestaltete »Reichensteuer«) geben werde.

ES WAR EINMAL ...

Die Kernfrage, die Moore und Schirrmacher aufgeworfen haben, ist natürlich die ganz banale nach den Lebenschancen der großen Mehrheit der Bevölkerung im Verhältnis zur kleinen Gruppe derjenigen, die entweder erfolgreich riesige Vermögen zusammengerafft haben oder ihr Leben auf der beruhigenden Basis ererbter Vermögen aufbauen können.

Dabei schien das Massenelend des Frühkapitalismus in der Wiederaufbau-Phase nach 1945 endgültig überwunden. Für die große Mehrheit der Bevölkerung bedeutete jedes neue Jahr einen kleinen Zuwachs an Einkommen und Lebensmöglichkeiten. Und für die Generation ihrer Kinder gab es eine berechtigte Hoffnung auf andere, bessere Positionen in der gesellschaftlichen Pyramide.

Nicht, dass es damals keine Reichen gegeben hätte, aber die Einkommensschere blieb ziemlich geschlossen, die Gewinne waren moderat und Reichtum zu zeigen, war fast ein wenig obszön. Auch wenn ererbtes Vermögen in dieser Phase wieder realen Wert gewann (etwa in den nun wieder produktiven und gewinnträchtigen Betrieben) und auch neue gewaltige Vermögen entstanden, erschien dies den Menschen angesichts der eigenen ständigen Anhebung des Lebensstandards als nicht so provozierend.

Möglich wurde diese Entwicklung durch die neue politische Stärke der Linken, durch die Einsicht großer Teile der Rechten, dass es ohne massive Staatseingriffe keine Stabilität in der Gesellschaft geben könne und durch das gegenseitige Einverständnis zwischen Unternehmen und Gewerkschaften, dass eine faire Verteilung der erwirtschafteten Gewinne ohne kostspielige Arbeitskämpfe machbar sei.

Und – ohne dieses Regime damit irgendwie zu rehabilitieren – eine wichtige Rahmenbedingung sei nicht vergessen: Die panische Angst vor dem zunächst unaufhaltsam erscheinenden Vormarsch des Kommunismus machte die Besitzenden sehr vorsichtig, um nur ja der Arbeiterschaft keinen Grund zu geben, sich dieser Bewegung auch nur anzunähern.

Unzählige Liberalisierungsmaßnahmen, unzählige Kampagnen »Weniger Staat, mehr privat«, unzählige nicht für die Beschäftigten oder die Konsumenten aber für die neuen Eigentümer höchst erfreulichen Privatisierungen später, bietet die Gesellschaft ein anderes und eben auch für manche nicht-österreichische Konservative alarmierendes Bild.

DIE VERNICHTUNG EINER PERSPEKTIVE

Denn hier ist ja nicht von Abstraktem die Rede. Sondern von der Lebenswirklichkeit der nachrückenden Generation. Und diese Lebenswirklichkeit ist eine der Resignation und der Hoffnungslosigkeit. Nicht mehr die Perspektive der Eltern-Generation, dass es mit jedem Jahr »ein wenig besser« wird, sondern die Realität, dass es mit jedem Jahr ein wenig schlechter wird, bestimmt das Denken. Der lebenslange Arbeitsplatz ist für die »Generation Praktikum« ebenso zur Illusion geworden wie das Vertrauen in das Funktionieren staatlicher Sozialsysteme.

Das löst auch eine nicht nur für Linke als bedrohlich einzustufende Entwicklung aus: Eine immer größer werdende Gruppe von Menschen beginnt nicht nur an der Richtigkeit der Perspektive eines »ehrlichen und anständigen«, aber eben auch befriedigenden Lebens zu zweifeln, sondern wird auch anfällig für die Verführungspolitik jener, die zwar an der Entwicklung nichts ändern können und wollen, aber die Verzweiflung als Medium für Kampagnen gegen irgendwelche »Schuldigen« nützen.

Es ist eine Tatsache, dass keineswegs vernachlässigbare Teile der Gesellschaft schon seit mindestens zwei Jahrzehnten zu-

nehmend jene bescheidenen Sicherheiten einbüßten, auf die sie ihre geduldige, aber zumindest teilweise optimistische Lebenseinstellung gegründet hatten. Das Ausmaß dieser Verluste ist in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich – die faktische Zerschlagung des britischen Sozialsystems ging weiter als es die schwarz-blau-orange österreichische Regierung je wagen konnte.

Die einstigen Warnungen vor einer »Zwei-Drittel-Gesellschaft« – also vor einer Gesellschaft, in der ein Drittel der Bevölkerung ins Elend abtrifft, während es zwei Dritteln gut bis hervorragend geht – waren nicht falsch. Aber sie sind überholt: Heute geht es für eine Mehrheit der Bevölkerung darum, einen Lebensentwurf, der einen bescheidenen Wohlstand mit allen seinen Möglichkeiten beinhaltet, zu retten. Darunter eben auch viele – wie Schirrmacher deutlich macht –, die sich durchaus dem Bürgertum zurechnen. An den »Rändern« der Gesellschaft« bröckelt es schon lange, aber jetzt ist diese Entwicklung in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Die Folgen – an den »Rändern« – sind längst exemplarisch zu besichtigen: Die Verelendung us-amerikanischer Ex-Industriestädte, denen die Arbeitsplätze abhanden gekommen sind, die Verslumung ganzer Regionen und das Entstehen einer bereits über Generationen hinweg auf der Kumulation von Sozialleistungen und Kleinkriminalität aufbauenden randständigen Gesellschaft – das sind Warnzeichen. Die britischen Unruhen, die die verzweifelte Hoffnungslosigkeit von miserabel ausgebildeten, kaum je regulär beschäftigten jungen Menschen für eine breite Öffentlichkeit erkennbar gemacht haben, ebenso. Auch die permanente Unregierbarkeit der Pariser Vorstädte, in denen sich junge Menschen jene Anerkennung, die ihnen die Gesellschaft versagt, in ihrer Subkultur der Gewalt erzwingen, zeigt diese Tendenz auf.

Sehr im Gegensatz zu dem, was Fleischhacker suggerieren will, ist genau das das Hauptproblem: Nicht nur generell, dass die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, sondern

vor allem sehr konkret, dass immer mehr Menschen erkennen müssen, dass die Lebensentwürfe ihrer Eltern für sie nicht mehr funktionieren.

BRAUCHEN WIR EIGENTLICH EINEN STAAT?

Die zweite entscheidende Frage, die so offen von Konservativen natürlich nicht gestellt wird, ist die nach der Rolle und der Funktion des Staates. Gerade an diesem Punkt unterscheiden sich Linke und Rechte am deutlichsten.

Die extremste Position nimmt die us-amerikanische Rechte ein, die den Staat verdammt und ihm – vor allem durch finanzielle Aushungerung – möglichst alle Möglichkeiten zur Gestaltung nehmen möchte. Sie sieht Steuersenkungen schon als Wert für sich an, weil sie den verhassten »Leviathan« aushungern hilft.

Sehr weit davon ist inzwischen auch die europäische Rechte nicht mehr entfernt. Und erst recht nicht die österreichische. Sei es mit ihren absurden Unterstellungen (Ortner: Die »Sub-prime-Krise« war die Ursache von »Staatsversagen«), sei es – in sehr viel wirksamerer Weise – mit den versteckten und offenen Attacken auf das Sozialsystem, das »wir uns nicht mehr leisten können«.

Obwohl in vielen europäischen Staaten schon jetzt die staatlichen Sozialsysteme abgebaut, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft massiv reduziert und das staatliche Regelwerk für die Wirtschaft immer mehr ausgehöhlt worden sind, hat dies zumeist zu dem unbefriedigenden Resultat geführt, dass es den großen Mehrheit der BürgerInnen spürbar schlechter geht, die amputierten Staaten aber weiterhin Defizite einfahren.

Und wenn jetzt wieder die »Stabilisierung« der Staatshaushalte an die Spitze der konservativen Tagesordnung gestellt wird, dann ist einmal mehr ausschließlich von »Einsparungen« die Rede – also von einer weiteren Ausdünnung jener staat-

lichen Leistungen, die die Gesellschaft so dringend braucht – nicht aber von einer Erhöhung der staatlichen Einnahmen.

DIE LINKE ANTWORT

Der Zustand der europäischen Gesellschaften nach 30 Jahren Neoliberalismus erfordert aber nicht das berühmte »Sparen« – d. h. weitere Leistungseinschränkungen für die große Mehrheit der Bevölkerung –, sondern massive staatliche Aufwendungen für diese Mehrheit der Bevölkerung.

Die »linke« Antwort war es immer – uns muss es heute mehr denn je sein –, dass keine Gruppe der Gesellschaft ausgegrenzt und ihrer Chancen beraubt werden darf. Eine linke Bildungspolitik muss für alle Chancen eröffnen – wie etwa durch ein einheitliches Schulsystem – und sie muss viel Kraft (und Mittel) darauf verwenden, gerade die am meisten bedrohten und randständigsten Kinder und Jugendlichen nicht resignieren zu lassen und damit hinzunehmen, dass sie so zu »Verlierern« werden.

»Linke Politik« muss auch und gerade dafür sorgen, dass buchstäblich »jede/r« in der Gesellschaft verbleibt. Durch Mindesteinkommen gerade für die Schwächsten der Gesellschaft – ohne dass dies zu einem »Abschieben« führt. Sie muss für eine Arbeitsmarktpolitik eintreten, die anständige Gehälter garantiert, und für permanente und ernsthafte Bemühungen steht, aus temporärer Arbeitslosigkeit keinen Dauerzustand werden zu lassen.

Und es muss – notfalls mit klaren gesetzlichen Regelungen – dafür gesorgt werden, dass Berufstätigkeit – jede Berufstätigkeit! – mit Einkommen verbunden ist, die wirkliches Leben (und nicht nur ein Vegetieren) ermöglicht und die vollen Leistungen eines umfassenden Sozialsystems anbietet.

Und das bedeutet, dass die Steuerpolitik zum Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung werden muss. Dass sie sich darauf orientiert muss, dort für zusätzliche Einnahmen

zu sorgen, wo bisher sträfliche Zurückhaltung geübt wurde: Bei der – sicherlich nur im internationalen Rahmen denkbaren – Besteuerung von Finanz-Transaktionen, bei der Besteuerung von Vermögen, von zumeist ohne Eigenleistung erzielten Vermögenszuwächsen, von Erbschaften, bei der lächerlich niedrigen Grundsteuer (die im Fall von Miethäusern grotesker Weise noch dazu nicht von den Eigentümern bezahlt, sondern als »Betriebskosten« auf die Mietern überwältzt wird) und bei der Beseitigung der skandalösen Steuerprivilegien der Landwirtschaft. In jedem dieser Fälle geht es – in Österreich – um Milliardenbeträge, die nicht nur die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen, sondern auch eine steuerliche Entlastung kleiner und mittlerer Arbeitseinkommen ermöglichen würde.

WER IST DENN DIE »LINKE?«

In all dem hat die Linke sicherlich recht –, aber sie ist noch weit davon entfernt, dafür auch in einem ausreichenden Maße die Zustimmung der Bevölkerung gewonnen zu haben und es damit auch politisch durchsetzen zu können.

Nicht erst diese Debatte hat die Frage aufgeworfen, wieso ein so eklatantes Versagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zwar alle möglichen – durchwegs weit rechts stehenden – politischen Gruppierungen gestärkt hat, aber in keinem einzigen europäischen Land die Sozialdemokratie, die sich durchaus als »Linke« versteht.

Die Antwort auf diese Frage gibt Charles Moore in einem Nebensatz: »Die ›Rechte‹ (zu der man in diesem Zusammenhang auch ›New Labour‹ von Tony Blair und Gordon Brown rechnen muss« schreibt er. Dieses Urteil tut weh – aber es ist leider nur zu richtig.

Und es nicht nur richtig im Bezug auf »New Labour«, es gilt – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – für faktisch alle sozialdemokratischen Parteien. Denn das politische Agieren der Sozialdemokratie in den letzten dreißig Jahren

war sicherlich nicht dazu geeignet, die notwendige Klarheit darüber, worin sich Linke und Rechte unterscheiden, im Bewusstsein der Menschen zu verankern.

Ob es die skandinavischen Sozialdemokratien waren, die ihre einst beispielgebenden Sozialsysteme bis an die Grenze des Erträglichen zurückgefahren haben, ob es die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der SPD war, die in einem Monster wie »Hartz IV« gipfelte, oder ob es die Politik der österreichischen Sozialdemokratie war, der gemeinsame Nenner war eindeutig: Nicht die Abgrenzung von jenem »Neoliberalismus«, der in diesen Jahrzehnten den Ton angab, nicht in scharfer Zurückweisung von dessen Zumutungen suchte die Sozialdemokratie ihre Identität, sondern in einer halbherzigen Übernahme und Umsetzung der noch am wenigsten schmerzhaften Ideen.

Verlustreich privatisiert wurden auch von Regierungen, die von Sozialdemokraten geführt worden oder an denen sie zumindest beteiligt waren. Arbeitnehmerrechte wurden auch von solchen Regierungen abgebaut. Undurchdachte Ideen der Rechten wurden auch von Sozialdemokraten übernommen.

Bleiben wir bei österreichischen Beispielen: Die Abschaffung – einer zugegebenermaßen wenig wirkungsvollen – Einkommenssteuer (statt sie zielgerichtet zu reformieren) gehört ebenso zu diesen Fehlern wie der absurde Tausch der Abfertigungsansprüche der Arbeitnehmer – die zugegebenermaßen vor allem denen, die einen sicheren Arbeitsplatz hatten, etwas brachten – gegen private Pensionsversicherungen, die derzeit nur eines garantieren: von Jahr zu Jahr sinkende Pensionsansprüche (die Möglichkeit, diese Ansprüche ins bestehende Pensionssystem einzubringen, wurde nicht einmal angedacht).

Dazu gehörte auch das jahrzehntelange Nicht-Angreifen der absurd niedrigen Einheitswerte für Grundbesitz, was nicht nur den Steuerertrag drastisch reduzierte, sondern letztlich

auch zur Aufhebung der Erbschaftssteuer durch den Verfassungsgerichtshof führte. Und statt um eine verfassungskonforme Neuregelung wenigstens sichtbar zu kämpfen, wurde diese Abschaffung widerspruchslos hingenommen. Dazu gehört aber auch das traurige Schauspiel vieler Betriebsräte, die einigermaßen erfolgreich das Dienstrecht der zum damaligen Zeitpunkt im Betrieb Beschäftigten verteidigten, dessen Aushebelung für neu eintretende – jüngere – Mitarbeiter achselzuckend hinnahmen.

DIE IDENTITÄT ZURÜCK GEWINNEN!

Der Preis all dessen war der Verlust eines Gutteils der eigenen Identität, vor allem aber das Einbüßen eines klaren Profils in der Öffentlichkeit. Und dieser Profil-Verlust wiederum war für das Entstehen und den Aufstieg jener Protest-Parteien maßgeblich, die den Zorn und die Enttäuschung der Menschen in eine absolut nicht linke Richtung kanalisieren. Und das wiederum war ausschlaggebend für die wenig befriedigenden Wahlergebnisse dieser Jahre, die ihrerseits linke Gestaltungsmöglichkeiten drastisch reduzierten.

Die Linke hat recht – kein Zweifel. Aber die Sozialdemokratie muss erst wieder deutlich machen, dass sie es ist, die für diese richtigen Analysen und Konzepte steht. Der Kampf um eine Europa-weite Finanztransaktions-Steuer, das klare Eintreten der SPÖ für Gerechtigkeit, für eine neu konzipierte Vermögenssteuer, die Ablehnung weiterer Privatisierungen und die weitere Ausdehnung des sozialen Netzes durch die Mindestsicherung können den Ansatz eines Versuches darstellen, verlorenes Profil zurück zu gewinnen. Das gibt Hoffnung, aber es noch keine Garantie für Erfolge. Die werden sich erst einstellen, wenn eine breite Öffentlichkeit für diese Einsichten gewonnen wird und wenn die Umsetzung zumindest einiger dieser Maßnahmen erkennbar macht, dass die Linke nicht nur recht hat, sondern auch richtig zu handeln versteht. 

ALBRECHT K. KONEČNÝ

war 27 Jahre Mitglied des österreichischen Parlaments und zuletzt langjähriger Fraktionschef der SPÖ im Bundesrat. Er war von 1987 bis 2006 Leitender und später Internationaler Sekretär der SPÖ und von 1986 bis 2000 auch Chefredakteur der ZUKUNFT.



GELATIN UND SARAH LUCAS IN DER KUNSTHALLE KREMS, FOTO: FLORIAN SCHULTE





Für eine eigenständige soziale Absicherung aller Frauen

Aktuelle Vorschläge der ÖVP zur Steuerpolitik lassen befürchten, dass die noch bestehenden ständisch-unterhaltsrechtlichen Regelungen im Steuer- und im Sozialsystem nicht beseitigt, sondern ausgebaut werden sollen. Mit ihren Anmerkungen zeigt Helga Hieden-Sommer die notwendige Überwindung einer bürgerlichen Geschlechter- und Sozialpolitik auf.

Die SPÖ tritt für eine sozial gerechte Familienförderung ein; d. h. für Maßnahmen, die allen Kindern, auch den Kindern der unteren Einkommenschichten zugutekommen. Das sind Sachleistungen wie kostenlose Schulbücher, Kind bezogene Geldleistungen wie die Familienbeihilfe und für alle Kinder zugängliche öffentliche Infrastrukturen wie Bildungseinrichtungen, vom Kindergarten bis zur Universität.

Neuerlich treten die ÖVP und die FPÖ mit Blick auf eine Steuerreform für die »steuerliche Entlastung der Familie« ein. Allgemein kann gesagt werden: Eine steuerliche Förderung wird für Eltern, die wegen eines niedrigen Einkommens keine Einkommensteuer/Lohnsteuer zahlen, überhaupt nicht wirksam. Das betrifft alle Eltern unter den über zwei Millionen Erwerbstätigen, die wegen ihres niedrigen Erwerbseinkommens keine Einkommensteuer zahlen. Außerdem erhöht eine steuerliche Entlastung das Einkommen am stärksten für Einkommen, die in die höchste Steuerstufe hineinreichen. Und, im Regelfall erhält der Mann als Hauptverdiener diese Förderung und nicht die Frau, die die Versorgungsarbeiten für die Kinder meist konkret erbringt. Steuerliche Familienförderung stärkt somit oft Männermacht in den Familien.

Das von ÖVP und FPÖ geforderte Familiensplitting ist eine besonders ungerechte Form der steuerlichen Familienförderung. Es begünstigt vor allem gut verdienende »Alleinverdiener« und benachteiligt Familien, in denen auch die Mutter erwerbstätig ist. Die in den 1970er Jahren eingeführte Individualbesteuerung soll so wieder zu einer Art der Haushaltsbesteuerung werden. Beim Familiensplitting wird das zu versteuernde Einkommen der Eltern zusammengezählt und vor

Versteuerung durch die Zahl der Familienmitglieder dividiert. Erst danach wird es der Besteuerung unterzogen. Damit kommen gut Verdienende in niedrige Steuerstufen. Wer wenig verdient, erhält für seine Kinder keinen einzigen Euro.

KEINEN EINZIGEN EURO

Wie ungerecht das Familiensplitting ist, zeigt beispielhaft folgender Sachverhalt: Alleinstehende Mütter mit zwei Kindern sind oft auf eine schlecht bezahlte Erwerbsarbeit in Wohnungsnahe angewiesen oder können wegen fehlender Hilfe bei der Betreuung der Kinder nur halbtags erwerbstätig sein. Bei einem monatlichen Bruttoeinkommen bis etwa 1000 Euro bekommen sie keinen einzigen Euro durch das Familiensplitting.

Politiker, die für das Familiensplitting eintreten, sagen »die Familie muss steuerlich entlastet werden«. Sie erwecken den Eindruck, dass alle Familien eine Förderung erhalten sollen. Sie verschweigen, dass Eltern mit sehr niedrigem Einkommen überhaupt nichts bekommen und für die übrigen, die Förderungshöhe mit der Einkommenshöhe steigt.

Diese Sachverhalte sind bekannt oder sollten es sein. Trotzdem war ein Aufschrei gegen diese familienpolitischen Steuerpläne nicht vernehmbar. Falls die überwiegend in konservativen Händen befindlichen Medien Gegenaussagen zu diesen Plänen nicht veröffentlichen, ist es besonders wichtig, dass sich SPÖ-Spitzenpolitiker und Spitzenpolitikerinnen dagegen zu Wort melden – auch wenn es in den Medien dann heißt: Die Koalitionspartner streiten wieder. Keine Gegenargumente und keine Gegenvorschläge werden von vielen als stille Zustimmung gedeutet.

GERECHTIGKEIT FÜR LEISTUNGSTRÄGER?

Die ÖVP-Finanzministerin will das Steuersystem unter anderem gerechter machen. Der ÖVP-Klubobmann des Kärntner Landtages unterstützt die Aussagen der Ministerin für die 2013 geplante Steuerreform durch bezahlte Anzeigen in redaktioneller Form. Unter dem Titel »Die Melkkuh der Nation« schreibt er, dass in Österreich 30 Prozent der Bevölkerung 70 Prozent der Sozialleistungen tragen, zwei Millionen Österreicher unseren Sozialstaat finanzieren, 70 Prozent der Bevölkerung Nettoempfänger sind. Seine wörtliche Schlussfolgerung lautet: »Es ist an der Zeit, dass die Politik wieder die unterstützt, die Steuern zahlen und ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten.«

Menschen, die personenbezogene und/oder technisch nicht rationalisierbare Tätigkeiten verrichten, sollten sich diese Begründung genau anschauen: Ihre Tätigkeiten werden im kapitalistischen Wirtschaftsverständnis theoretisch und praktisch als nicht produktiv gewertet, da sie das Kapital nicht oder kaum vermehren. Sie werden daher schlecht bezahlt; sie müssen folglich keine Einkommens-/Lohnsteuer zahlen. Nach Ansicht des Kärntner ÖVP-Klubobmannes leisten sie mit ihren Tätigkeiten keinen Betrag für die Gesellschaft.

Viele Frauen sind in zweifacher Weise von der ungerechten Leistungsbewertung nach kapitalistischem Maßstab betroffen. Zum einen durch die Minderbewertung nicht Kapital vermehrender beruflicher Arbeiten, zum anderen durch die Zuordnung des Großteils der nicht bezahlten Versorgungsarbeiten in den »privaten« Haushalten an Frauen.

Es heißt, die »Leistungsträger«, nämlich Vermögende und Spitzenverdiener, sorgen durch ihre Tätigkeiten – und sei es durch spekulative Praktiken – für das Wachsen der Wirtschaft. Die Interessensvertreter des neoliberalen, das heißt des möglichst perfekten Kapitalismus, wollen sie daher stärker steuerlich entlasten. Dabei setzen sie Einkommenshöhe mit Leistungshöhe gleich. Zudem wird verschwiegen, dass progressive

Steuersätze und vermögensbezogene Steuern sozialstaatliche Mittel sind, die ungerechte Arbeitsbewertung durch den »Markt« zu entschärfen. Der Sachverhalt, dass sich die Einkommen als Folge der neoliberalen Wirtschaftspolitik nach dem Motto »mehr privat, weniger (Sozial-)Staat« in den letzten zwanzig Jahren bereits stark auseinander entwickelt haben, wird nicht beachtet.

Es wäre wichtig eine Analyse über den Zusammenhang von Einkommenshöhe und Leistung für die Gesellschaft sowie über den Beitrag verschiedener Tätigkeiten zum allgemeinen Wohlstand und Wohlbefinden vorzunehmen. Viele FacharbeiterInnen und Angestellte verdienen nach mehreren Berufsjahren etwa 2 500 Euro brutto pro Monat, also 35 000 Euro im Jahr. So mancher Bankmanager verdient im Jahr das 50-fache, einige sogar noch mehr. Der Blick auf die Finanzmarktkrise und die Stützung etlicher Banken mit Steuergeldern werfen Fragen auf: Worin besteht die 50-fache Leistung dieser Leistungsträger für die Gesellschaft? Wie groß ist die Steuerleistung der Banken und ihrer Aktionäre? Welchen Beitrag leisten sie zum Sozialsystem?

AUSGESCHLOSSEN

Die »etablierte Männerpartei im ÖVP-Klub« (so ein Journalist) hinderte die ehemalige ÖVP-Frauenministerin als Sprecherin der weiblichen Abgeordneten von ÖVP, SPÖ und Grünen daran, den Antrag auf Aufnahme der »Töchter« in die Bundeshymne im Nationalrat einzubringen und zu begründen. Es gab zu Recht heftige Reaktionen in den Medien. Entscheidend aber ist, dass der symbolisch sprachliche Ausschluss der Frauen seine wirtschaftliche Entsprechung hat, auch in den Systemen der staatlichen Existenzsicherung – in Sozial- und Steuersystem: Mütter in Partnerschaften sind nicht selbständig abgesichert, sondern bei der Krankenkasse des Partners mitversichert. Wenn verheiratet, haben sie auch Anspruch auf eine standesgemäße Hinterbliebenenpension; diesen Anspruch haben Frauen, die ohne Eheschließung mit einem Partner und Kindern eine Familie bilden, und alleinstehende

Mütter nicht. Schließlich gilt noch immer der 1811 (!) in der katholischen Habsburger-Monarchie beschlossene Paragraph 44 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches. Dieser besagt, dass eine Familie durch die Ehe begründet wird – und nicht durch Kinder. Sprachlicher Ausschluss und fehlende eigenständige Existenzsicherung aller Frauen/Mütter haben eine gemeinsame bürgerlich-ständische Tradition.

HISTORISCHE ENTWICKLUNG

In der vorindustriellen ständischen Wirtschafts- und Familienverfassung waren die Funktionen des Wirtschaftens, der Versorgung von Kindern und der sozialen Sicherung in der hauswirtschaftlichen Einheit, zu der auch das Gesinde gehörte, klassen- und geschlechtsspezifisch zusammengefasst. Die politisch-rechtliche Sicherung der ständischen Eigentumsordnung bestimmte, wer wie viel vom erarbeiteten Produkt erhielt und ob ihr oder ihm die Familiengründung gestattet wurde. Eine besondere Rolle innerhalb des historischen Wandels zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft spielte die Gewährung der Ehe- und Familienfähigkeit an Besitzlose und damit einhergehend die Sicherung weiblicher Arbeitskraft für alltägliche Dienstleistungsarbeiten als Ersatz für die Dienstboten beiderlei Geschlechts in der ständischen Gesellschaft.

Für die Makroebene industriell-kapitalistischer Gesellschaften war nach John K. Galbraith die damit verbundene Umdeutung der Dienstbotendarbeiten in quasi natürliche Dienstleistungen der Frau aus »Liebe« – die Erfindung »der Hausfrau« – eine ökonomische Leistung ersten Ranges. Diese Umdeutung zur weiblichen Tugend durch die neoklassische Nationalökonomie und die Definition des Haushalts als Privatbereich waren nach Galbraith wichtig, weil die Vorstellung, dass unser Wirtschaftsgefüge ungefähr die Hälfte der Erwachsenen zu einem untergeordneten Status zwingt, sich nicht leicht verfechten lässt.¹

War in der Feudalgesellschaft die Position des Einzelnen in der Gesellschaft Gott gewollt – Kaiser von Gottes Gnaden,

... – und gleichsam unabänderlich durch die Geburt vorgegeben, so wird in der bürgerlich-kapitalistisch-industriellen Gesellschaft das »Wachsen« des Kapitals zum bestimmenden Maßstab.

KINDER BEGRÜNDEN FAMILIE

Der gesellschaftliche Wandel hat in den letzten Jahrzehnten zu immer mehr Patchwork-Familien, mehr Eineltern-Familien, vor allem Mutter-Familien, und nicht verheirateten Partnerschaften mit Kindern geführt. Es werden immer mehr Ehen geschieden, immer mehr verheiratete Frauen sind berufstätig. Die Ehemüdigkeit etlicher Männer nimmt zu; teilweise bedingt durch das katholische Verständnis von Ehe als ewig bindendes Sakrament.

Wichtige Teile unseres Sozialsystems stellen nach wie vor auf die vor zweihundert Jahren im ABGB § 44 normierte bürgerliche, katholische Familie ab. § 44 lautet: Die Familien-Verhältnisse werden durch den Ehevertrag gegründet. In dem Ehevertrage erklären zwei Personen verschiedenen Geschlechtes gesetzmäßig ihren Willen, in unzertrennlicher Gemeinschaft zu leben, Kinder zu zeugen, sie zu erziehen, und sich gegenseitig Beistand zu leisten.«

Entsprechend dem bürgerlich-ständischen Verständnis ist der Mann als »Ernährer« der Familie zum standesgemäßen Unterhalt der Frau verpflichtet. Das hat weitreichende Folgen für die Existenzsicherung von Müttern bzw. von Frauen allgemein. Das Unterhaltsrecht ist privatrechtlich geregelt. Für die Hinterbliebenenpension, die als Unterhaltersatz nach dem Tod des Partners anfällt, wird die Unterhaltsverpflichtung ins öffentlich-rechtliche Pensionssystem übertragen. Das bedeutet: Nicht die Haushaltsarbeit und die für die Kinder geleisteten Versorgungsarbeiten begründen den Anspruch, sondern die Ehe; die Freistellung des Ehemannes von »privaten« Versorgungstätigkeiten ist das Ziel. Erwerbstätige sollen sich unbehindert, in der globalisierten Wirtschaft überdies zeitlich flexibel und örtlich mobil der beruflichen Arbeit widmen können.

Die Höhe der Witwenpension richtet sich entsprechend dem bürgerlichen Unterhaltsrecht nach der Einkommenshöhe des Partners, bzw. der Höhe des Pensionsanspruches des Verstorbenen. Gleiches gilt für die Höhe der Waisenpension. Die Einführung der Witwerpension 1981 hat den unterhaltsrechtlichen Anspruch auf eine öffentlich-rechtliche Hinterbliebenpension ohne vorausgegangene Beitragsleistung zum Pensionssystem auf Ehemänner ausgeweitet, nicht aber die unsichere, schlechte Alterssicherung vieler Frauen beseitigt. Entscheidend für die Verfechter der unterhaltsrechtlichen Absicherung von Ehefrauen (und Kindern) ist der Sachverhalt, dass das Unterhaltsrecht Geschlechterungleichheit und soziale Ungleichheit verbindet. Der privatrechtliche Unterhalt ist ein Merkmal der patriarchalen, bürgerlichen Gesellschaft.

DEMOKRATISCHE FORTSCHRITTE

Es ist an der Zeit, Sozialrecht, Familienrecht und familienpolitische Maßnahmen stärker an die tatsächlichen Lebensverhältnisse von Familien anzupassen. Dabei müssen alle Eltern/Elternteile mit Kindern als Familie gelten.

In den 70er Jahren wurde durch die spö-Alleinregierungen unter Bundeskanzler Kreisky und Finanzminister Androsch die bis dahin über das Steuersystem erfolgte Familienförderung in Kind bezogene, direkte Zahlungen – die Familienbeihilfe – umgewandelt. Erst dadurch bekamen Eltern mit niedrigem Einkommen, alleinstehende Mütter und viele Bauern erstmals staatliche Förderungen für ihre Kinder sowie alle Personen, die für nicht verwandte Kinder sorgen. Die gegen die Berufstätigkeit von Ehefrauen gerichtete Haushaltsbesteuerung wurde durch die Individualbesteuerung ersetzt.

Durch die Koalitionsregierungen seit den 80er Jahren wurden auf Wunsch der Koalitionspartner der spö neuerlich verschiedene steuerliche Familienförderungen eingeführt, z. B. die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und Studienkosten, die Eltern mit niedrigem Einkommen nicht in Anspruch nehmen können.

BÜRGERLICH-FEUDALES UNTERHALTSRECHT

Viele Forschungsergebnisse haben die Erkenntnis gebracht, dass Geschlechterrollen geschichtlich und wirtschaftlich geprägt sind, und nicht »natürlich« oder »gottgewollt«. Mitte der 1970er Jahre wurde die Familienrechtsreform mit dem Ziel der Verwirklichung des Grundsatzes der gleichrangigen Partnerschaft zwischen Mann und Frau begonnen. Das Gesetz über die persönlichen Rechtswirkungen der Ehe hat die grundsätzliche Gleichwertigkeit der außerhäuslichen und häuslichen Tätigkeit festgestellt. Die Haushaltsführung wird nun als Beitrag zur Deckung der Bedürfnisse der Familie gewertet; die einseitige Verpflichtung des Mannes zur Unterhaltsleistung für die Ehefrau durch die wechselseitige Verpflichtung zur Unterhaltsleistung abgelöst.

Was das Prinzip der Gleichheit im Zusammenhang mit dem bürgerlichen Unterhaltsrecht im öffentlichen Sozialrecht praktisch bedeutet, zeigt der Versuch, Gleichheit von Mann und Frau im Pensionsrecht umzusetzen: Statt die unzureichende Alterssicherung vieler Frauen durch eine eigenständige, ausreichende Alterssicherung für alle Erwachsenen, auch für nicht berufstätige Ehefrauen, zu verbessern, lenkten »Sozialrechtsexperten« und die Verfassungsrichter mit dem Witwerpensionserkenntnis die Diskussion auf die Gleichheit in der unterhaltsrechtlich begründeten Hinterbliebenpension. 1981 wurde die Hinterbliebenenpension für Ehemänner eingeführt. Einige Männer haben seither nach dem Tod der Ehefrau einen Anspruch auf eine Witwerpension. Die vielen im Alter schlecht abgesicherten Frauen – Arbeiterinnen, Witwen, geschiedene Frauen – erhielten/erhalten keinen Schilling/Euro mehr Pension.²

HAUSHALT – EINE WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR

Private Versorgungsarbeiten im Haushalt werden jedoch weiterhin nicht als Teil des Wirtschaftssystems anerkannt; die Trennung von Betrieb und Haushalt wird nicht als wirtschaftliche Spezialisierung für die bürgerlich-kapitalistisch-industrielle Gesellschaft gesehen. Die kapitalistische Ideologie

bestimmt: Private Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung sind nicht produktive, nicht Wert schöpfende Tätigkeiten; sie vermehren das Kapital nicht. Sie scheinen im Bruttoinlandsprodukt nicht auf, bringen kein Einkommen.

Der grundsätzlich rechtlichen Gleichwertigkeit der häuslichen mit der beruflichen außerhäuslichen Arbeit auf der Ebene des privaten Haushalts stehen daher materielle Nachteile durch die fehlende Anerkennung der häuslichen Tätigkeiten auf der Makroebene der Wirtschaft gegenüber. Die Hinwendung zur unterhaltsrechtlichen Betrachtung im Gesetz zu den persönlichen Rechtswirkungen der Ehe stellte außerdem sicher, dass im Sozialrecht die bürgerliche unterhaltsrechtliche Sicht entsprechend der ungerechten Arbeitsbewertung durch den kapitalistischen Markt bestehen bleibt.

Trotz einiger die Geschlechtergleichheit fördernder sozialrechtlicher Teilanpassungen wie der Einführung der Väterkarenz scheidet daher auch die angestrebte Verbesserung der flexibleren Gestaltungsmöglichkeit der Arbeitsteilung im Haushalt an der fehlenden grundsätzlichen eigenständigen ökonomischen und sozialrechtlichen Existenzsicherung für alle Frauen, auch der Ehefrauen, bzw. für alle erwachsenen Personen, etwa auch von Studierenden.³

Übrigens: Auch wenn der Familienhaushalt primär als wirtschaftliche Struktur anerkannt wird, haben alle Mehrpersonen-Haushaltsformen, z. B. auch die »wilde Ehe«, große Bedeutung für die Entwicklung gegenseitiger Verantwortung und gegenseitiger Hilfeleistung sowie für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

SOZIALE ABSICHERUNG ALLER ERWACHSENEN

Die Anerkennung der Haushaltsarbeit und der Betreuungsleistungen im »privaten« Haushalt als Teil des Wirtschaftssystems wird angesichts der Institutionen des globalisierten Wirtschaftssystems (Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds, ...) und seine Verankerung im Rechtssys-

tem nicht so schnell gelingen. Ein erster Schritt kann darin bestehen, dass von Haushalt und nicht von Familie gesprochen wird, wenn es um die Konsum- und Betreuungsarbeiten geht. Der Haushalt muss als wirtschaftliche Struktur der kapitalistisch-industriellen Gesellschaft ins Bewusstsein gerückt werden. Auch die ungerechte Bewertung von Personen bezogenen, nicht mobilen ortsgebundenen und/oder nicht technisierbaren beruflichen Tätigkeiten durch die Institutionen des kapitalistischen Marktes muss verdeutlicht werden. Darin liegt die Hauptursache für niedrige Löhne vieler Frauen und etlicher Männer.⁴

Im Sozialrecht hingegen können Anpassungen an die gesellschaftliche Situation auf nationalstaatlicher Ebene vergleichsweise leicht vorgenommen werden – wenn der politische Wille vorhanden ist. Der Plan am nächsten Juristentag einen Entwurf für einen Partnerschaftsvertrag für eine rechtliche Absicherung der »wildem Ehe« vorzulegen kann jedoch nur als eine rasche Abhilfe für nicht nachvollziehbare Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen dieser Lebensform gesehen werden (Informationsrecht durch Arzt bei Krankheit, Wohn- bzw. Mietrecht, Aufteilung des Vermögens, Staatsbürgerschaft der Kinder, ...).⁵

Es ist meines Erachtens nicht einzusehen, dass verpartnerte, homosexuelle Erwachsene und verheiratete Paare ohne Kinder soziale unterhaltsrechtliche Leistungen wie den Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension erhalten, die aus den Beiträgen oder Steuern der Erwerbstätigen bezahlt werden, und gleichzeitig nicht verheiratete Frauen/Eltern mit Kindern nicht. Beitragsfreie soziale Ansprüche für Hinterbliebenenpension oder eine beitragsfreie Krankenversicherung sollen nicht von der Ehe, sondern von der Versorgung von Kindern abgeleitet werden, bzw. von anderen für die Gesellschaft wichtigen Tätigkeiten wie Studieren oder Wehrdienst.

Wenn es um die materielle Absicherung von Kindern geht, müssen alle Erwachsenen, die für ein Kind in ihrem

Haushalt sorgen, diese erhalten – gleich ob leibliche Eltern oder nicht, ob verheiratet oder nicht, ob hetero- oder homosexuell. Wer entsprechend dem katholischen Sakrament der Ehe leben will, soll es ungehindert tun; daraus dürfen aber keine allgemeinen sozialrechtlichen Regelungen abgeleitet werden.

ÖFFENTLICHE MEINUNGSBILDUNG

Ein neues Sozialrecht, das die eigenständige Absicherung statt der abgeleiteten auch für nicht berufstätige, verheiratete Mütter bzw. Eltern gewährt, kann selbstverständlich nur für Jahrgänge gelten, die ihr Leben noch gestalten können. Eine solche Umstellung ist bei der Krankenversicherung relativ leicht durchzuführen. Es gibt bereits die Mitversicherung für die Familienangehörigen bei nicht verheirateten Paaren; bei einer Umstellung sind keine besonderen zusätzlichen finanziellen Mittel erforderlich. Im Pensionsrecht, das jetzt Ehe bezogene, unterhaltsrechtliche, von der Einkommenshöhe des Partners abgeleitete Pensionsleistungen gewährt, ist es schwieriger, da die jetzige unterhaltsrechtliche Bemessung entsprechend der Einkommenshöhe des Ehepartners beseitigt werden muss.

Außerdem ist eine ausführliche öffentliche Diskussion darüber zu führen, in welcher Höhe, für wie viele Jahre pro Kind, für wie viele Jahre insgesamt, bzw. für wie viele Studienjahre, ein Steuer finanzierter Beitrag für das individuelle Pensionskonto angerechnet und wie er finanziert werden soll. Die Übergangszeit zu neuen Regelungen dürfen weder zu kurz, noch zu lang gewählt werden. Beispiele für solche Pensions- und Krankenversicherungssysteme gibt es in nordeuropäischen Ländern, aber auch verschiedene Vorüberlegungen in Österreich.⁶

Übrigens: Für Geburten ab 2005 wurde die Bemessungsgrundlage für Kindererziehungszeiten auf 1350 Euro angehoben, später sogar valorisiert, und die eine Pension begründenden Erziehungszeiten auf vier Jahre pro Kind erweitert. Unter der Annahme, dass die meisten Frauen im Alter zwischen

20 und 35 Jahren Kinder bekommen, das rechtliche Pensionierungsalter zwischen 60 und 65 liegt, werden diese Regelungen erst in 30 bis 40 Jahren wirksam. Günstig werden die neuen Regelungen für etliche nicht erwerbstätige Ehefrauen insofern sein, als die für eine, wenn auch kleine, Alterspension erforderliche Anzahl von Beitragsjahren auf Grund von Erwerbstätigkeit auf sieben Jahre reduziert wurde, und die Pflege von Angehörigen ab Stufe 3 als Erwerbstätigkeit zählt.

Bei der Einführung dieser Regelungen war von einer eigenständigen statt der unterhaltsrechtlichen Absicherung keine Rede. Im Gegenteil: Die Hinterbliebenenpension wurde ebenfalls ohne öffentliche Diskussion in eine relativ großzügige unterhaltsrechtliche Partnerpension nach dem Prinzip des Haushaltseinkommensersatzes umgewandelt. Dieses Prinzip bringt nicht erwerbstätigen Ehefrauen eine Hinterbliebenenpension von 60% des Pensionsanspruches des Partners, erwerbstätigen Ehefrauen Kürzungen bis auf 0 Prozent.

ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Die vorangegangenen Überlegungen sind als Denkanstöße für mehr Geschlechtergleichheit und mehr soziale Gerechtigkeit gedacht. Geschlechterverhältnisse und Familienverhältnisse stehen in ständiger Wechselbeziehung mit anderen sozialen Strukturen und politischen Verhältnissen.

Das bedeutet: Auch wenn Geschlechter- und/oder Familienverhältnisse im Zentrum einer geplanten Maßnahme stehen – etwa die Wahl der staatlichen Studienförderung als Direktzahlung oder als vom Unterhaltsrecht abgeleitete steuerliche Entlastung, oder die Festlegung, welche Lebensform als Familie mit Berechtigung auf öffentliche Förderung gilt – müssen Institutionen und Strukturen des herrschenden Wirtschaftssystems auf der Makroebene (wie das kapitalistische Verständnis von wertschöpfend/produktiv) sowie bestehende gesetzliche Normierungen (wie das private, im ABGB geregelte Unterhaltsrecht) als einflussreiche Rahmenbedingungen bei der Planung von steuerlichen oder sozialrechtlichen Maß-

nahmen im Hinblick auf ihre praktische Auswirkung für verschiedene Einkommensgruppen und Lebensformen beachtet werden. 

HELGA HIEDEN-SOMMER

war Vorsitzende des Landesfrauenkomitees der SPÖ Kärnten und gehörte von 1979 bis 1990 dem österreichischen Parlament als Abgeordnete zum National- bzw. Bundesrat an.

1. Siehe JOHN K. GALBRAIGHT: *Wirtschaft für Staat und Gesellschaft*, München/Zürich, 1974, besonders 67–73.
2. Siehe HELGA HIEDEN-SOMMER: Pensionsreform im Namen der Gleichheit. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2/1994, Wien, 177–193. Wieder veröffentlicht in: dies.: »Frauenpolitik« – Geschlechterverhältnisse. *Wissenschaftliche Grenzziehungen*, Klagenfurt, 1995, 117–146.
3. Nach geltendem Recht ist die »Familienförderung« durch steuerliche Entlastung für Kinder an die Familienbeihilfe gekoppelt. Die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Familienbeihilfe von 26 auf 24 Jahre lässt »Familienrechts- und Sozialrechtsexperten« über Maßnahmen nachdenken, die besonders für »Alleinverdienerfamilien« der oberen Einkommensgruppen günstig sind, etwa durch die Steuerfreistellung der privatrechtlichen Unterhaltspflicht für (studierende) Kinder. Siehe: »Trennung von Familien- und Studienförderung«. In: beziehungsweise. Informationsdienst des Österreichischen Instituts für Familienforschung, September 2011, 1–3. Das österreichische Institut für Familienforschung (öIF) der Universität Wien wurde Anfang 1995 gegründet. Erster Geschäftsführer war Dipl. Ing. Helmuth Schattovits, zuvor Leiter des Instituts für Ehe und Familie der österreichischen Bischofskonferenz. Derzeit ist der Herausgeber von »beziehungsweise« Univ. Prof. Dr. Wolfgang Mazal.
4. Vgl. H. HIEDEN-SOMMER: Der kapitalistische Produktivitätsmalus beeinflusst die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern. In: dies.: *Sozialstaat, neoliberales Wirtschaften und die Existenzsicherung von Frauen*, Wien 2007, 71–79.
5. Vgl. »Ehe light. In einer Lebensgemeinschaft hat man derzeit kaum Rechte.« In: *Profil*, Nr. 32, August 2011, 42. Jahrgang.
6. Siehe Bundesministerium für Frauen, (Hg): *Eigenständige Alterssicherung für Frauen. Ausgangslage, Reformvorschläge und Diskussionen*. Schriftenreihe der Frauenministerin, Band 14, August '97.



PIETER BRUEGEL DER ÄLTERE, VERSUCHUNGEN DES HEILIGEN ANTONIUS, 1566. ALBERTINA, WIEN

Politik, Vorurteil & Macht



Barbara Prammer WER DAS ZIEL NICHT KENNT, WIRD DEN WEG NICHT FINDEN

Barbara Prammer gibt neue Antworten auf alte, immer gültige Fragen. Allen voran jene, wie Gerechtigkeit in der Gesellschaft hergestellt werden kann. Woran sich politisches Handeln orientieren muss, um auf Vertrauen zu stoßen. Wie Begeisterung für Demokratie geweckt werden kann, um der Sehnsucht nach dem »starken Führer« wirksam entgegen zu treten.

STYRIA, 240 Seiten, 24,99 Euro



Joseph Nye MACHT IM 21. JAHRHUNDERT

Was bedeutet es, im globalen Informationszeitalter des 21. Jahrhunderts Macht auszuüben? Aus welchen Ressourcen wird sich Macht künftig speisen? Die herkömmliche Auffassung besagt, dass sich derjenige Staat mit der größten Militärgewalt durchsetzt. Im Informationszeitalter könnte es jedoch durchaus sein, dass jene Staaten am meisten erreichen, die auf andere, »weichere« und dabei klügere Strategien setzen.

SIEDLER VERLAG, 383 Seiten, 25,70 Euro



Katharina Rutschky IM GEGENTEIL

Die Aufsätze aus über drei Jahrzehnten zeigen Katharina Rutschkys bemerkenswert nimmermüden Kampf gegen männliche Vorurteile genauso wie gegen weibliches Ressentiment und Selbstmitleid. Ganz besonders scharf kritisiert sie ihre Lieblingsgegnerin Alice Schwarzer.

Mit der Sorge, politisch korrekt zu sein, hat sich Katharina Rutschky nie abgegeben.

WAGENBACH, 144 Seiten, 11,30 Euro



Heinrich August Winkler GESCHICHTE DES WESTENS

Die Jahre zwischen 1914 und 1945 erscheinen manchen Zeitgenossen wie ein zweiter dreißigjähriger Krieg. Sie sind das »deutsche Kapitel« in der Geschichte des Westens. Heinrich August Winkler schildert die dramatischsten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts – vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs bis zur deutschen Kapitulation 1945 und den Atombomben von Hiroshima und Nagasaki.

C. H. BECK, 1350 Seiten, 41,10 Euro



Uwe Fleckner / Martin Warnke (Hg.) HANDBUCH DER POLITISCHEN IKONOGRAPHIE

Die Politik bedient sich der Macht der Bilder, um politische Ansprüche, Hoffnungen, Erfolge und Positionen zu verkünden. Dieses Handbuch zeigt in 150 Beiträgen, wie von der Antike bis in die

Gegenwart Personen und Ereignisse, politische Ideale und Institutionen bildlich dargestellt, welche Symbole, Motive und Mythen dabei immer wieder verwendet wurden.

C. H. BECK, 1137 Seiten, 100,80 Euro



Josef H. Reichholf DER URSPRUNG DER SCHÖNHEIT

Der Evolutionsbiologe Josef H. Reichholf stellt dar, wie eng die natürliche mit der sexuellen Auslese zusammenhängt, bei der Attraktivität die entscheidende Rolle spielt. Seine Schlussfolgerung: Schönheit und Schönheitsempfinden haben klare biologische Funktionen. Und auch die Rolle, die sie in der Evolution des Menschen spielt, bedarf einer radikalen Neubewertung.

C. H. BECK, 302 Seiten, 20,60 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

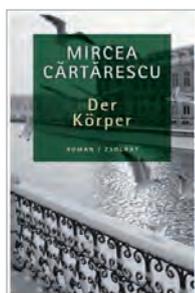
Darwin, Toskana & DDR



Judith Schalansky
DER HALS DER GIRAFFE

Anpassung ist alles, weiß Inge Lohmark. Schließlich unterrichtet sie seit mehr als dreißig Jahren Biologie. Zwar verweigern sich alle dem Lauf der Natur, den Inge Lohmark tagtäglich im Unterricht beschwört. Trotzdem kämpft sie unverbrossen für die Einhaltung der Naturgesetze – bis sie sich den Hals nach unerreichbaren Früchten verrenkt. Und am Ende fällt sie vom Glauben an Gott Darwin ab.

SUHRKAMP, 324 Seiten, 21,90 Euro



Mircea Cartarescu
DER KÖRPER

Als die Schreibstube des Erzählers dem urbanistischen Größenwahn des Diktators zum Opfer fällt, kehrt Mircea in die Wohnung der Eltern zurück, wo die Vergangenheit wieder lebendig wird. Bukarest leuchtet, die Stadt wird zur Literatur, wenn er Urgroßvater Vasile herbeihalluziniert oder wenn sich Urgroßmutter Maria allmorgendlich in einen Schmetterling verwandelt.

ZSOLNAY, 608 Seiten, 26,80 Euro



Hans Keilson
DA STEHT MEIN HAUS

Es sind Spiegelungen und Splitter, leise und zweifelnde Betrachtungen, die in diesen Erinnerungen aufscheinen. Die Jugend in Brandenburg, das Studium und das rauschende Leben in Berlin, das Exil in Holland – das sind die äußeren Stationen dieses Lebens. Wirtschaftskrise, Antisemitismus, Krieg, aber auch Freundschaft, Musik und Hoffnung bilden den Rahmen dazu.

S. FISCHER, 144 Seiten, 17,50 Euro



Robert Gernhardt
TOSCANA MIA

Seit den siebziger Jahren verbrachte Robert Gernhardt, der große Lyriker, Schriftsteller, Maler und Zeichner, einen Teil seiner Zeit in der Toskana. In zahllosen Gedichten, Erzählungen, in Roman und Theaterstück, in Zeichnungen und Gemälden verdichtete und malte er Hügel und Haine, Licht und Schatten, Menschen und Tiere dieser einzigartigen Landschaft.

S. FISCHER, 320 Seiten, 23,60 Euro



Eugen Ruge IN ZEITEN
DES ABNEHMENDEN LICHTS

Von den Jahren des Exils bis ins Wendejahr 89 und darüber hinaus reicht diese wechselvolle Geschichte einer deutschen Familie. Sie führt von Mexiko über Sibirien bis in die neu gegründete DDR, führt über die Gipfel und durch die Abgründe des 20. Jahrhunderts. So entsteht ein weites Panorama, ein großer Deutschlandroman, der Geschichte als Familiengeschichte erlebbar macht.

ROWOHLT, 426 Seiten, 20,60 Euro



Howard Jacobson
DIE FINKLER-FRAGE

Julian Tresloves Leben ist ein Scherbenhaufen. Gescheitert als Redakteur der BBC, gescheitert in seinen Beziehungen zu Frauen, gescheitert als Vater. Eines Abends wird Treslove Opfer eines Überfalls und glaubt zu hören, wie die Angreiferin ihn als Juden beschimpft und ist auf perverse Art glücklich. Endlich gehört er irgendwo dazu. Was nur werden seine beiden Freunde zu diesem Gesinnungswandel sagen?

DVA, 436 Seiten, 23,70 Euro

Wirtschaftspolitik vor erheblichen Schwierigkeiten

Nach der tiefen, von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Wirtschaftskrise des Jahres 2009, erholte sich die österreichische Wirtschaft zunächst rasch, auch im Vergleich mit den meisten anderen EU-Ländern. Die gute Konjunktur wurde vor allem von der sehr wettbewerbsfähigen Exportindustrie getragen. Im 1. Halbjahr 2011 betrug der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts sogar real + 3,8% gegenüber dem Vorjahr.

Doch seit dem Sommer schwächt sich die Konjunktur markant ab. Das ist primär die Folge der rigorosen Sparbemühungen in vielen Mitgliedsstaaten der EU und der enormen Unsicherheit, die von den Finanzmärkten ausgeht: Wenn Tag für Tag in den Medien der Bankrott einzelner Staaten, der Zusammenbruch des Euro und eine Hyperinflation an die Wand gemalt werden, dann wundert es nicht, dass private Haushalte und Unternehmen verunsichert sind und ihre Ausgaben für dauerhafte Güter wie Elektrogeräte oder Pkws bzw. ihre Investitionsprojekte aufschieben. Das sind die sichersten Anzeichen für einen wirtschaftlichen Einbruch. Österreichs Wirtschaft steht in dieser Situation besser da als jene anderer EU-Länder, aber die – mit hoher Unsicherheit belasteten – Prognosen lassen derzeit zumindest auf eine von Mitte 2011 bis Ende 2012 anhaltende konjunkturelle Stagnation schließen.

Stagniert das Bruttoinlandsprodukt, dann steigen gewöhnlich Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit. Das ist äußerst besorgniserregend, weil in beiden Bereichen noch immer die Folgewirkungen der Rezession 2009 zu sehen sind: Die Zahl der Arbeitslosen liegt um etwa 50.000 über dem Niveau vor der Finanzkrise, die Staatsschuld beträgt 72% des BIP, um gut 10% des BIP mehr als vor der Finanzkrise. Dies bedeutet, dass es kaum Spielraum gibt, einer Abschwächung der Konjunktur und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit mittels antizyklischer Budgetpolitik entgegenzuwirken.

Doch selbstverständlich darf die Wirtschaftspolitik den Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht tatenlos hinnehmen. Sie muss innovativ sein und unter den Rahmenbedingungen beschränkter Finanzmittel, expansiv wirken. Wenn die Zugkraft des Exports schwächer wird, dann muss die Konsumnachfrage diese Rolle übernehmen, dies geht nur bei steigenden Reallohnen, vor allem im unteren Einkommensbereich. Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss sich noch intensiver um die Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt kümmern, ganz besonders um das Entstehen einer »verlorenen Generation« unter Jugendlichen zu verhindern.

Im Budget muss die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren sichergestellt werden: So wie die bessere Konjunktur 2010/2011 für einen Abbau des Budgetdefizits genutzt wurde, soll nun bei schwacher Konjunktur der mit dem Ausfall an Einnahmen verbundene Anstieg des Budgetdefizits akzeptiert werden. Darüber hinaus gilt es, die Strukturen von Ausgaben und Einnahmen des Staates zu reformieren: Staatsausgaben mit hohen Beschäftigungswirkungen wie etwa die sozialen Dienstleistungen in den Bereichen Kindergärten und Pflege sollen ausgeweitet werden. Im Gegenzug müssen Staatseinnahmen, die wenig nachfrage- und beschäftigungsdämpfend wirken, wie die Besteuerung von Vermögensbeständen und Vermögenseinkommen, deutlich erhöht werden. Diese Strukturverbesserungen entfalten die notwendigen expansiven Beschäftigungseffekte ohne das Budgetdefizit zu erhöhen. 

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft
und Statistik der AK Wien.

